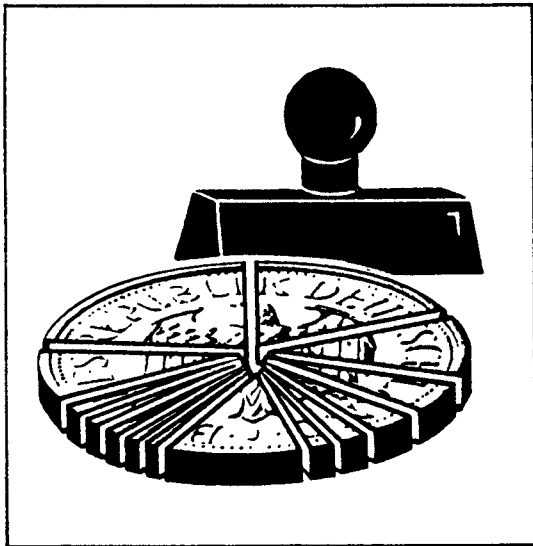


Statistisches Bundesamt

Finanzen und Steuern



Fachserie **14**

Reihe 4

Steuerhaushalt

4. Vierteljahr und Jahr 1990

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
6200 Wiesbaden 1

Verlag:
Metzler-Poeschel Stuttgart

Verlagsauslieferung:
Hermann Leins GmbH & Co. KG
Holzwiesenstr. 2
Postfach 11 52
7408 Kusterdingen
Telefon: 07071/33046
Telex: 7 262 891 mepo d
Telefax: 07071/33653

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im August 1991

Preis: DM 6,40

Bestellnummer: 2140400 - 90724

Copyright: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1991

Vervielfältigung - außer für gewerbliche Zwecke -
mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Seite

T e x t t e i l

1	Allgemeine Hinweise zur Statistik	5
2	Methodische Erläuterungen zur Statistik	6
3	Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1990	11
4	Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1990	19
5	Bemerkungen zu den Ergebnissen	26

T a b e l l e n t e i l

Ergebnisse für das 4. Vierteljahr 1990

1	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1990	
1.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	29
1.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	30
1.3	Nach Ländern	31
1.4	Nach Steuerarten und Ländern	32
2	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1990	
2.1	Nach Steuerarten und Ländern	36
2.2	Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	38
2.3	Nach Körperschaftsgruppen und Ländern	41

Ergebnisse für das Kalenderjahr 1990

3	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1990	
3.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	43
3.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	44
3.3	Nach Ländern	45
3.4	Nach Steuerarten und Ländern	46
4	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1990 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	50
5	Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1990 nach Ländern bzw. Steuerarten	53
6	Ausgewählte Zeitreihen	
6.1	Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1986 bis 1990	54

	Seite
6.2 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1990.....	54
6.3 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1981 bis 1990	55
6.4 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1981 bis 1990	55
6.5 Investitionszulagen 1981 bis 1990	55

A n h a n g

Steuereinnahmen im Gebiet der ehemaligen DDR, 2. Halbjahr 1990	56
--	----

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland vor dem 03.10.1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts.
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abkürzungen

Mill.	= Million	BSP	= Bruttosozialprodukt
Mrd.	= Milliarde	Gv.	= Gemeindeverbände
BGBI.	= Bundesgesetzblatt	GG	= Grundgesetz
AfA	= Absetzung für Abnutzung	i.d.F.	= in der Fassung
AO	= Abgabenordnung	i.d.R.	= in der Regel
EG	= Europäische Gemeinschaften	dt	= Dezitonne (100 kg)
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	l	= Liter
EFTA	= European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)	hl	= Hektoliter
EStG	= Einkommensteuergesetz	vT	= vom Tausend
MWSt	= Mehrwertsteuer	vH	= vom Hundert
		StMZ	= Steuermaßzahl

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1 Allgemeine Hinweise zur Statistik

1.1 Bund und Länder

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673, 782), geändert durch das "Zweite Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften" (2. Statistikbereinigungsgesetz) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

Kreis der Befragten

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Bundesanzeiger	} monatlich
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	
Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen	

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	= monatlich
Fachserie 14, Reihe 4	= vierteljährlich, jährlich

Statistische Landesämter

Statistische Berichte L I/1 = monatlich, vierteljährlich

1.2 Gemeinden/Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673, 782), geändert durch das "Zweite Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften" (2. Statistikbereinigungsgesetz) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	} = vierteljährlich, jährlich
Fachserie 14, Reihe 4	

Statistische Landesämter:

Statistische Berichte L II/2 = vierteljährlich

2.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also auch Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen, Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten; ggf. ist das Aufkommen durch Erstattungen gemindert.

2.2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt, an bzw. Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt zum einen von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum andern von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung usw.) ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, wegen der monatlichen Voranmeldung dieser Steuern relativ eng. Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten nachstehend dargestellt werden.

Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

- Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer:
1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1989 für die Jahre 1989 bis 1991 - sog. Hauptveranlagung. Eine zwischen zwei Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nach-

veranlagung" findet im übrigen nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt, z.B. bei zwischenzeitlicher Änderung der Bemessungsgrundlage oder Änderung der persönlichen Voraussetzungen.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung - unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 8 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

- Vorauszahlungen/Teilzahlungen

Der Steuerpflichtige hat vierteljährliche Zahlungen auf die Steuerschuld des Veranlagungszeitraums (Einkommen- und Körperschaftsteuer), des Erhebungszeitraums (Gewerbesteuer) bzw. auf die Jahressteuerschuld (Vermögensteuer) zu entrichten. Sie belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der Steuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat¹⁾ - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer²⁾).

- Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbesteuer: Erhebungszeitraum; Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Anpassung kann noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbesteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der Erhöhungsbetrag/nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

1) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer geleisteten "endgültigen" Teilzahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahressteuer zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.

2) Die anrechenbare Körperschaftsteuer rechnet zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.

Für Zwecke der Gewerbesteuervorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuermeßbetrag festsetzen.

- Abschlußzahlungen

Auf die im Veranlagungsverfahren festgesetzte Steuer werden angerechnet

die für den betreffenden Veranlagungs-/Erhebungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe des § 36 EStG ferner die durch Steuerabzug erhobene Steuer (soweit sie auf die bei der Veranlagung erfaßten Einkünfte entfällt) und die anrechenbare Körperschaftsteuer.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

- Rückzahlungen/Erstattungen

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) und/oder geminderter Besteuerungsgrundlagen (z.B. rückläufiger Gewinne) sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 10 e (früher § 7 b) EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu Erstattungen. Die Erstattungen, die das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte.

Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen, richterliche Entscheidungen über Bestehen und/oder Höhe einer Steuerschuld.

Nachsteuer

Erhebung bei Steuertarifierhöhungen der Verbrauchsteuern für bereits versteuerte Erzeugnisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zur Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,
Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG),
Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,
Zulagen gemäß § 19 BerlinFG.

2.3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 GG i.d.F. des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I S. 359) in Verbindung mit dem

- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1988 (BGBl. I S. 94),
 - Gemeindefinanzreformgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1985, BGBl. I S. 201 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen und die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer),
 - Zerlegungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971, BGBl. I S. 145,
- jeweils zuletzt geändert durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889, 966).

Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung)

Bund und Ländern gemeinsam

das Aufkommen aus der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer, der Kapitalertragsteuer, der Körperschaftsteuer und den Steuern vom Umsatz (Gemeinschaftsteuern),

dem Bund

das Aufkommen aus der Gesellschaft-, Börsenumsatz-, Versicherung- und Wechselsteuer, den Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) sowie der Ergänzungsabgabe (Bundessteuern³⁾),

den Ländern

das Aufkommen aus der Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Kraftfahrzeug-, Rennwett- und Lotteriesteuer, der Feuerschutzsteuer und der Biersteuer (Landessteuern),

den Gemeinden

das Aufkommen aus den Grundsteuern, der Gewerbesteuer und den örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern (Gemeindesteuern).

Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung)

den EG:

Zölle⁴⁾, Teile des Umsatzsteueraufkommens⁵⁾ sowie BSP-Eigenmittel⁶⁾.

dem Bund:

die Bundessteuern (ohne Zölle),

42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,

65 vH der Steuern vom Umsatz (abzüglich EG-Umsatzsteueranteil)⁷⁾,
50 vH der Gewerbesteuerumlage,

Die Steuereinnahmen des Bundes werden ab 1988 durch die den EG zustehenden BSP-Eigenmittel gemindert.

den Ländern:

die Landessteuern,
42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,
35 vH der Steuern vom Umsatz⁸⁾,
50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

die Grundsteuern,
die Gewerbesteuer (abzüglich der Gewerbesteuerumlage),
15 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil),
die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern⁹⁾.

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin (West) - für Bremen ergibt sich die Trennung aus dem Status der beiden selbständigen Gemeinden Bremen und Bremerhaven - in der vorliegenden Statistik folgt:

Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Bereichen werden brutto nachgewiesen. In den "Steuereinnahmen der Länder" sind die dem staatlichen Bereich, in den "Steuereinnahmen der Gemeinden" die dem gemeindlichen Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüberweisungen der Stadtstaaten enthalten.

- 3) Zölle werden ab 1989 nicht mehr unter den "Bundessteuern" sondern als eigene Kategorie nachgewiesen.
4) Ab 1975 gesamtes Zollaufkommen der Bundesrepublik Deutschland ohne, ab 1989 einschließlich EGKS-Zölle.
5) Von 1975 - 1979 führte die Bundesrepublik Deutschland den EG die ihnen zustehenden eigenen Einnahmen (außer Agrarabschöpfungen und Zöllen) aufgrund einer Übergangsregelung (BSP-Schlüssel) zu; von 1980 bis 1985 wurden die Umsatzsteuerzahlungen an die EG nach Maßgabe eines bestimmten Prozentsatzes (höchstens 1 vH) - der auf EG-Ebene vereinbarten - "gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer" geleistet; mit dem Inkrafttreten des Beitritts von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 wurde auch der Finanzrahmen der Gemeinschaft angehoben: der Höchstsatz der Mehrwertsteuer-Eigenmittel wurde von 1 auf 1,4 vH der Bemessungsgrundlage erhöht.
6) Ab 1988 Eigenmittelbeträge auf der Basis des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (Spitzenfinanzierung); (lt. Eigenmittel-Beschluß des Rates der EG vom 24. Juni 1988).

- 7) Der Bundesanteil an den Steuern vom Umsatz wird außerdem durch Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder gemindert, die in der tabellarischen Darstellung unberücksichtigt bleiben.
8) Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder vom Bund unberücksichtigt.
9) Das sind insbesondere Kino-, übrige Vergnügungs-, Hunde-, Getränke-, Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischereisteuer.

Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung

Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 15 vH des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung im gleichen Berichtszeitraum mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen.

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrhythmus wie für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich hier keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinnahmten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 15 vH der im gleichen Zeitraum aufgekomenen Lohn-/veranlagten Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteueraufkommen nach Ertrag und Kapital wird ferner die Gewerbesteuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und von Rheinland-Pfalz in Ausgabe (gemeindlicher Bereich) gemeldet.

2.4 Regionaler Verteilungsmodus

Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des

örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes, das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten dem Land zufließt, in dem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz hat und ferner dadurch, daß die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zufließt, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

Steuern vom Umsatz

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 15 vH der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgekomenen Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer zu. Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, die auf zu versteuernde Einkommensbeträge bis zu 32 000, bei Zusammenveranlagung bis zu 64 000 DM entfallen.

Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewerbesteuer} \times 52}{\text{Hebesatz}}$$

für das Kalenderjahr ermittelt.

2.5 Verschiedenes

Jahresnachweis

Das Jahresergebnis wird ab Berichtsjahr 1981 durch Addition der vier Vierteljahre gebildet. Dabei bleiben Änderungen unberücksichtigt, die sich durch nachträgliche Berichtigungen ergeben können.

Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983

Nach Einführung des neuen Grunderwerbsteuerrechts zum 1. Januar 1983 behandeln die Länder den Teil des Grunderwerbsteueraufkommens, den sie ihren Kommunen überlassen, haushaltssystematisch unterschiedlich: Die meisten Länder verbuchen das Grunderwerbsteueraufkommen - mit Ausnahme von Abwicklungsbeträgen nach dem alten Recht (Zuschlag zur Grunderwerbsteuer) - voll als Landessteuer und überlassen ihren Gemeinden Teile davon als Zuweisungen, die in der vorliegenden Darstellung unberücksichtigt bleiben. Zu dieser Ländergruppe gehören Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (ab 1987), Hessen (ab 1984), Baden-Württemberg und Bayern. Die Länder Saarland und Bremen verbuchen nur den ihnen effektiv verbleibenden Teil als Landessteuer; den kommunalen Anteil verbuchen die Gemeinden/Gv. als originäre Steuereinnahmen. Eine Sonderstellung nehmen Hamburg und Berlin (West) (100 % Landesanteil) sowie Rheinland-Pfalz (100 % Kommunalanteil) ein. Aus den dargestellten Gründen ist der Einzelvergleich der staatlichen und kommunalen Anteile je für sich genommen gestört, es empfiehlt sich daher, nur das Grunderwerbsteueraufkommen insgesamt (staatliche und kommunale Anteile zusammengefaßt) zu Vergleichszwecken heranzuziehen.

Bei der Steuerverteilung unberücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder geleisteten Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1990: 3 002 Mill. DM bzw. 4. Vj. 1990: 841 Mill. DM (1989: 2 680 Mill. DM bzw. 4 Vj 1989: 712 Mill. DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien 14, Reihe 4 (Steuerhaushalt) und Reihe 2 (Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg bei der Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden:

- EG-Anteile

Die in Fachserie 14, Reihe 4 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in den Ergebnissen der Fachserie 14, Reihe 2 nicht enthalten.

- Länderanteile an den Steuern vom Umsatz

Der Fachserie 14, Reihe 4 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (siehe unter 2.4 "Steuern vom Umsatz"), die sich nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie 14, Reihe 2 die kassenmäßigen Ist-Ergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gem. Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

- Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern der Stadtstaaten, in Fachserie 14, Reihe 4 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt, sind in Fachserie 14, Reihe 2 dem Bereich "Staat" zugeordnet und werden nur in einer Summe ausgewiesen.

- Steueranteile

Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den Stadtstaaten erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie 14, Reihe 4.

- Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1990¹⁾

(ohne Änderungen, die nach dem 31.12.1990 in Kraft treten)

3.1 Steuerreformgesetz 1990 vom 25.7.1988

(BGBl. I S. 1093) sowie begleitende Maßnahmen durch Änderung der Rechtsverordnungen bzw. Verwaltungsanweisungen.

3.1.1 Entlastungsmaßnahmen

Mit der 3. Stufe der Steuerreform, deren erste 1986 und deren zweite 1988 wirksam wurde, wird vor allem der neue linear progressive Tarif eingeführt. Der Einkommensteuertarif wird im einzelnen wie folgt neu gestaltet:

- Der Grundfreibetrag wird von 4 752/9 504 DM (ledig/verheiratet) auf 5 616/11 232 DM angehoben.
- Der Eingangssatz wird von bisher 22 % um drei Prozentpunkte auf 19 % gesenkt. Dadurch kann die untere Proportionalzone mit diesem gleichbleibenden Eingangssatz statt bisher bei 18 035/36 071 DM künftig bei 8 153/16 307 DM enden.
- In der Progressionszone, die künftig bei 8 154/16 308 DM beginnt und bei 120 041/240 083 DM endet, wird ein linearer Anstieg der Grenzsteuersätze zwischen dem Eingangssatz von 19 % und dem auf 53 % abgesenkten Spitzensatz eingeführt.
- Die obere Proportionalzone mit einem Spitzensatz von 53 % (bisher 56 %) beginnt künftig ab 120 042/240 084 DM (bisher bei 130 032/260 064 DM).

Im einzelnen werden 1990 zugunsten der Familien folgende Verbesserungen wirksam:

- Der Kinderfreibetrag wird von 2 484 auf 3 024 DM angehoben
- Ausbildungsfreibeträge kommen für Kinder, die gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst geleistet haben, bis zur Vollendung des 29. Lebensjahres in Betracht.
- Der Höchstbetrag für den Abzug von Unterhaltsaufwendungen für bedürftige Angehörige steigt von 4 500 auf 5 400 DM.
- Für Alleinstehende wird der Haushaltsfreibetrag wie der Grundfreibetrag von 4 752 auf 5 616 DM erhöht.
- Die Eintragung des vollen Kinderfreibetrags auf der Lohnsteuerkarte ist für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern und in anderen Halbteilungsfällen möglich.
- Für die persönliche häusliche Pflege von Schwerstbehinderten wird ein Pauschbetrag von 1 800 DM eingeführt (Pflegepauschbetrag). Zugleich werden in entsprechenden Fällen die steuerlichen Höchstbeträge für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe und bei Heimunterbringung von bisher 1 200 auf ebenfalls 1 800 DM angehoben.
- Zur wirksameren Förderung der Bildung von Wohneigentum bei Familien wird das sog. "Baukindergeld" (§ 34 f EStG) von 600 auf 750 DM erhöht.

Der zusätzliche Sonderausgaben-Höchstbetrag für Vorsorgeaufwendungen (sog. Vorwegabzug) wird um 1 000 auf 4 000 DM (bei Verheirateten um 2 000 auf 8 000 DM) angehoben. Die Erhöhung des Vorwegabzugs kommt allen selbständig Tätigen, die ihre Vorsorgeaufwendungen selbst tragen zugute und kann von ihnen in vollem Umfang genutzt werden.

Des weiteren wird der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer von 56 auf 53 % und der Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne von 56 auf 50 % herabgesetzt. Ausgeschüttete Gewinne bleiben wie bisher mit 36 % belastet. Der bisherige ermäßigte Körperschaftsteuersatz von 50 % für nicht in das Körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren einbezogene Organisationen (z.B. Sparkassen, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts) wird einheitlich auf 46 % gesenkt.

3.1.2 Finanzierungsmaßnahmen

Einschränkungen der steuerfreien Werbungskostenersatzleistungen des Arbeitsgebers (§ 3 Nr. 16 EStG)

Einschränkung der Steuerfreiheit von Lohnzuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (§ 3b EStG)

Einschränkung des steuerlichen Abzugs von betrieblich veranlaßten Bewirtungskosten auf 80 % der entstandenen Aufwendungen (§ 4 Abs. 5 EStG)

Einschränkungen der Übertragungsmöglichkeit von stillen Reserven, die bei der Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter aufgedeckt werden; Übertragungen stiller Reserven auf im Vorjahr angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter (§§ 6b, 6c EStG)

Begrenzung der Steuerfreiheit von Belegschaftsrabatten auf 2 400 DM jährlich (§ 8 Abs. 3 EStG)

Schaffung eines einheitlichen Arbeitnehmerpauschbetrags von 2 000 DM; gleichzeitig Erhöhung des Kilometer-Pauschbetrags für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von 0,43 auf 0,50 DM je Entfernungskilometer (§§ 9, 9a EStG)

1) Siehe auch Finanzberichte 1989 und 1991 des Bundesministeriums der Finanzen.

Beschränkung des Sonderausgabenabzugs von Bau-
sparbeiträgen auf 50 % der Beitragsleistung
(\$ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG)

Einschränkung des Sonderausgabenabzugs von Auf-
wendungen für eine hauswirtschaftliche Aus-
und Weiterbildung (\$ 10 Abs. 1 Nr. 7 - neu -
EStG)

Herabsetzung des Sonderausgaben-Pauschbetrags
von 270/540 DM auf 108/216 DM (Alleinstehende/
Verheiratete) (\$ 10c Abs. 1 EStG)

Zeitlich unbegrenzte Erweiterung des Verlustab-
zugs (\$ 10d EStG, \$ 10a GewStG)

Verbesserung der Besteuerung bei der Land- und
Forstwirtschaft: Durch die Einführung von Gleit-
regelungen in \$ 14a Abs. 4 und 5 EStG wird er-
reicht, daß die Freibeträge bei Abfindung wei-
chender Erben und bei Schuldentilgung durch
relativ geringfügige Einkommensüberschreitun-
gen nicht mehr gänzlich wegfallen, sondern in
Stufen auslaufen.

Abschaffung des Freibetrags für Freie Berufe
von 1 200 DM (\$ 18 Abs. 4 EStG)

Abschaffung des Altersfreibetrags von 720/
1 440 DM (Alleinstehende/Verheiratete) (\$ 32
Abs. 8 EStG) und Anhebung des Altersentlastungs-
betrags von 3 000 auf 3 720 DM (\$ 24a EStG)

Einbeziehung weiterer Lohnersatzleistungen in
den Progressionsvorbehalt, Ansatz der Lohn-
ersatzleistungen mit den Leistungsbeträgen
(\$ 32b EStG)

Aufhebung des Freibetrags zur Pflege des El-
tern-Kind-Verhältnisses von 600 DM (\$ 33a
Abs. 1 EStG)

Einschränkung der Steuerermäßigung für a.o.
Einkünfte, soweit diese 2 Millionen DM über-
steigen (\$ 34 Abs. 1 EStG)

Anhebung des Lohnsteuer-Pauschsatzes für Teil-
zeitbeschäftigte von 10 auf 15 % bzw. 25 %
(\$ 40a Abs. 1 und 2 EStG) bzw. von 2 auf 3 %
für Aushilfskräfte in der Land- und Forstwirt-
schaft (\$ 40a Abs. 3 EStG) sowie Erhöhung be-
stimmter Lohngrenzen

Anhebung des Lohnsteuer-Pauschsatzes für be-
stimmte Zukunftssicherungsleistungen des Ar-
beitgebers zugunsten der Arbeitnehmer bei An-
hebung des begünstigten Betrages von 2 400 auf
3 000 DM (\$ 40b EStG)

Abschaffung der Preissteigerungsrücklage bei
Einführung der Lifo-Bewertungsmethode (\$ 51
Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b EStG; \$ 74 EStDV; \$ 6
EStG)

Absenkung des Bewertungsabschlags von bis zu
20 % bei bestimmten Importwaren mit wesentli-
chen Preisschwankungen in zwei Stufen auf 10 %
(\$ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. m EStG; \$ 80 EStDV)

Aufhebung der Geltungsdauer der Sonderabschrei-
bungen für bestimmte Investitionen im Kohle-
und Erzbergbau zum 31.12.1989 (\$ 51 Abs. 1 Nr.
2 Buchst. n EStG; \$ 81 EStDV)

Senkung der Abzugsbeträge bei der Bemessungs-
grundlage für die Kirchensteuer von 600 auf
300 DM je Kind (\$ 51a EStG)

Aufhebung der Steuerfreiheit bestimmter Zusam-
menschlüsse von Unternehmen zur Durchführung
von Sanierungs- und Entwicklungsaufgaben (\$ 5
Abs. 1 Nr. 17 KStG; \$ 3 GewStG; \$ 3 VStG)

Versagung des steuerlichen Verlustabzugs bei
der Körperschaft- und Gewerbesteuer, wenn eine
Körperschaft ihre wirtschaftliche Identität
ändert (sog. Mantelkauf) (\$ 8 KStG; \$ 10a
GewStG)

Einbeziehung der gewinn- und umsatzabhängigen
Vergütungen in die Hinzurechnungen der Zinsen
zum Gewinn bei der Berechnung des Gewerbe-
trags (\$ 8 Nr. 1 GewStG)

Änderung der Sonderregelung für die Behandlung
von Dauerschulden bei Kreditinstituten (\$ 19
GewStDV)

Aufhebung des Investitionszulagengesetzes (Arti-
kel 6). Eine Übergangsregelung sieht folgendes
vor:

1. Alle vor dem 1.1.1990 abgeschlossenen Inve-
stitionen werden noch uneingeschränkt durch
Investitionszulagen gefördert.
2. Nach dem 31.12.1989 und vor dem 1.1.1991
abgeschlossene Investitionen sowie vor dem
1.1.1991 geleistete Anzahlungen auf Anschaf-
fungskosten und entstandene Teilherstellungs-
kosten werden begünstigt, wenn mit den Inve-
stitionen vor dem 1.4.1989 begonnen worden
ist.

Einschränkung der Berlinförderung (Artikel 7):

- Absenkung des Sockelkürzungssatzes bei der
Herstellerpräferenz von 3 bzw. 4 % auf 2 bzw.
3 %, Umgestaltung des Präferenztarifs (§§ 1,
1a BerlinFG)

- Wegfall der Abnehmerpräferenz für Röstkaffee und Kakaohalberzeugnisse, wenn Hersteller unter der Mindestwertschöpfungsquote von 10 % liegen (§ 4 i.V.m. § 2 BerlinFG)
- Umschichtung der Herstellerpräferenzeinbuße (Zigaretten und Rauchtabak) (§ 4 Abs. 3 BerlinFG)
- Anhebung des Rechnungszinsfußes für Pensionsrückstellungen in Berlin von 4 auf 5 % (§ 13a BerlinFG)
- Beschränkung der erhöhten Absetzungen von 75 % für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Berlin auf neue Wirtschaftsgüter (§ 14 BerlinFG)
- Einschränkung der Investitionszulage nach § 19 Berlin FG

Aufhebung des Auslandsinvestitionsgesetzes (Artikel 8) bei gleichzeitiger Übernahme von § 2 AIG in § 2a EStG

Aufhebung des Abzugs der Geschäftsguthaben der Genossen vom Betriebsvermögen der Genossenschaften der gewerblichen Wirtschaft und der kleinen Warengenossenschaften (§ 104a BewG)

Aufhebung der Vermögensteuerfreiheit für das der öffentlichen Wasserversorgung dienende Betriebsvermögen (§ 117 Abs. 1 Nr. 1 BewG)

Aufhebung der mit 80 % beginnenden degressiven Umsatzsteuerermäßigung für Kleinunternehmen bei Anhebung der Umsatzsteuer-Freigrenze von 20 000 auf 25 000 DM (§ 19 UStG)

Änderung einiger Vorschriften des 5. Vermögensbildungsgesetzes (Artikel 17)

Änderung des Wohnungsbau-Prämiengesetzes (Artikel 18)

Aufhebung der 10jährigen Grundsteuervergünstigung für Wohnraum, der nach dem 31.12.1989 bezugsfertig wird (§ 82, §§ 92a bis 94 Zweites Wohnungsbaugesetz). Gleichzeitig Anhebung des sog. Baukindergeldes von 600 auf 750 DM (§ 34f EStG)

Anhebung des Regelsatzes für die private Pkw-Nutzung auf 30 bis 35 % (Abschnitt 118 EStR)

Aufhebung des Zukunftssicherungs-Freibetrags von 312 DM für freiwillige Vorsorgeleistungen des Arbeitgebers zugunsten eines Arbeitnehmers (§ 2 Abs. 3 Nr. 2 LStDV)

Aufhebung des Essensfreibetrages von 1,50 DM bei unentgeltlicher oder verbilligter Abgabe einer Mahlzeit an einen Arbeitnehmer (Abschnitt 19 LStR)

Auslaufen der Geltungsdauer für die Sonderabschreibungen für Wirtschaftsgüter, die der Forschung und Entwicklung dienen, zum 31.12.1989 (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. u, § 82d EStDV)

3.2 Aechtes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 14.12.1987 (BGBl. I S. 2602)

Durch Artikel 3 ist der Progressionsvorbehalt des § 32b EStG auf das Überbrückungsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz und auf Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz ausgedehnt worden.

3.3 Gesetz zu dem Vertrag vom 18.5.1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 25.6.1990 (BGBl. II S. 518)

3.3.1 Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Artikel 10)

- Zulassung des Vorsteuerabzugs ab 1.7.1990 für jeweils aus dem anderen Erhebungsgebiet bezogene Vorleistungen. Erbringt ein Unternehmer in beiden Erhebungsgebieten steuerbare Umsätze, dürfen die gesamten Vorsteuern nur in dem Erhebungsgebiet geltend gemacht werden, aus denen sie stammen.
- Die Ermächtigung zum Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften zur Regelung der Interessen des innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen den beiden Währungsgebieten (§ 26 Abs. 4 UStG) wurden durch eine neue Ermächtigung ersetzt, auf deren Grundlage für eine Übergangszeit der Absatz von Erzeugnissen aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) im Erhebungsgebiet begünstigt werden kann. Von dieser Ermächtigung ist mit der neuen allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 26 Abs. 4 UStG Gebrauch gemacht werden, die zum 1.7.1990 in Kraft getreten ist. Danach besteht für die im Erhebungsgebiet ansässigen Unternehmer weiterhin bis zum 31.12.1990 ein Kürzungsanspruch für Warenbezüge mit Ursprung aus der DDR in bisheriger Höhe.

3.3.2 Änderung des Einkommensteuergesetzes (Artikel 11)

Die wichtigsten Änderungen des Einkommensteuergesetzes, die ebenfalls am 1.7.1990 in Kraft getreten sind, sind die folgenden:

- Steuerpflicht (§ 1 Abs. 3 EStG)
Durch die Änderung werden auch Bedienstete mit Bezügen aus inländischen öffentlichen Kassen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik einschl. Berlin (Ost) unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen in die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht einbezogen und kommen damit insbesondere in den Genuß des Splitting-Verfahrens. Außerdem ist § 3 Nr. 63 EStG anzuwenden, soweit die Bezüge in der DDR tatsächlich besteuert werden.

- Steuerfreie Einnahmen (§ 3 Nr. 63 und Nr. 69 EStG)

Die Änderungen von § 3 Nr. 63 EStG stellen sicher, daß im Inland nur der Teil der Einkünfte einkommensteuerfrei gestellt wird, der in der DDR einschl. Berlin (Ost) bezogen und dort besteuert wird. Werden z.B. für eine Tätigkeit Vergütungen zeitlich nacheinander oder nebeneinander sowohl aus dem Inland als auch aus der DDR einschl. Berlin (Ost) gezahlt und besteuert die DDR nur die Einkünfte, die von dort stammen, bleiben im Inland auch nur diese Einkunftsteile einkommensteuerfrei. Außerdem wird klargestellt, daß die Vorschrift wie bisher nur bei unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen anzuwenden ist.

Durch Anfügung der Nr. 69 wird sichergestellt, daß Bürgern aus der Deutschen Demokratischen Republik einschl. Berlin (Ost) nach einem Umzug in die Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) die Steuerfreiheit bestimmter Leistungen aus der DDR einschließlich Berlin (Ost) erhalten bleibt.

- Steuer- und prämienschädliche Verwendung von Bausparmitteln in der Deutschen Demokratischen Republik einschl. Berlin (Ost) (§ 10 Abs. 5 EStG, § 2 Abs. 2 WOPG)

Im Einkommensteuergesetz und im Wohnungsbau-Prämiengesetz wird sichergestellt, daß ab dem 1.7.1990 eine Verwendung von Bausparmitteln zum Wohnungsbau im Gebiet der DDR prämiens- und steuerrechtlich genauso behandelt wird wie die Verwendung im Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland.

- Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringern (§ 7 Abs. 5 EStG)

Durch die Ergänzung wird unbeschränkt Steuerpflichtigen mit nach § 2a EStG bei der inländischen Besteuerung zu berücksichtigenden Verlusten aus Tätigkeiten in der DDR einschl. Berlin (Ost) die Möglichkeit der degressiven AfA bei Gebäuden eröffnet.

- Erhöhte Absetzungen bei Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen (§ 7h Abs. 4 EStG) sowie bei Baudenkmalen (§ 7i Abs. 4 EStG)

Die steuerliche Förderung der ordnungsmäßigen Erhaltung von Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen sowie bei Baudenkmalen wird für unbeschränkt Steuerpflichtige mit nach § 2a EStG bei der inländischen Besteuerung zu berücksichtigenden Verlusten aus Tätigkeiten in der DDR einschl. Berlin (Ost) auf dort belegene Gebäude ausgedehnt, um einen steuerlichen Anreiz für den Einsatz des erforderlichen Privatkapitals zu schaffen.

- Steuerbegünstigung für zu eigenen Wohnzwecken genutzte Baudenkmal und Gebäude in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen (§ 10f EStG)

§ 10f EStG nimmt auf die §§ 7h, 7i, 11a, 11b EStG Bezug. Daher können aufgrund der dargestellten Änderung dieser Vorschriften auch unbeschränkt Steuerpflichtige die Aufwendungen für Baumaßnahmen an selbstgenutzten Baudenkmalen und Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) steuermindernd wie Sonderausgaben geltend machen. Hierdurch wird die Gleichstellung von selbstgenutzten Gebäuden mit den entsprechenden vermieteten Gebäuden erreicht.

- Sonderbehandlung von Erhaltungsaufwand bei Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen (§ 11a Abs. 5 EStG)

Die Möglichkeiten der Verteilung von Erhaltungsaufwand für Gebäude in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen sowie für Baudenkmalen dient wie die erhöhten Absetzungen nach § 7h EStG der Erhaltung von Altbausubstanz bzw. wie die erhöhten Absetzungen nach § 7i EStG dem Denkmalschutz. Sie wird deshalb für unbeschränkt Steuerpflichtige mit nach § 2a EStG bei der inländischen Besteuerung zu berücksichtigenden Verlusten aus Tätigkeiten in der Deutschen Demokratischen Republik einschl. Berlin (Ost) auf dort belegene Gebäude ausgedehnt.

3.4 Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik einschl. Berlin (Ost) (DDR-Investitionsgesetz - DDR-IG) vom 26.6.1990 (BGBl. I S. 1143)

Das Gesetz, das erstmals für Wirtschaftsjahre, die im Veranlagungszeitraum 1990 enden, anzuwenden ist, sieht folgende Maßnahmen vor:

Einführung einer steuerfreien Rücklage bei Überführung bestimmter Wirtschaftsgüter in eine Kapitalgesellschaft oder Erwerbs- oder Wirtschaftsgenossenschaft in der DDR einschl. Berlin (Ost) (§ 1 DDR-IG) sowie für Verluste einer Tochtergesellschaft in der DDR einschl. Berlin (Ost) (§ 2 DDR-IG).

Die Vorschriften der §§ 1 und 2 DDR-IG wirken sich bei der Ermittlung des Gewerbeertrags für die Berechnung der Gewerbesteuer aus (§ 3 DDR-IG).

Berücksichtigung von Verlusten aus in der DDR belegenen Betriebsstätten bei gewerblichen, freiberuflichen und land- und forstwirtschaftlichen Einkünften (§ 2a Abs. 5 und 6 EStG) sowie aus Vermietung und Verpachtung in der DDR (§ 2a Abs. 6 EStG).

Das Gewerbesteuergesetz wird um § 9a ergänzt, der die steuerliche Behandlung von Gewerbeverlust aus Betriebsstätten in der DDR einschl. Berlin (Ost) regelt. Danach wird der Gewerbeertrag unter bestimmten, im Gesetz genannten Voraussetzungen auf Antrag um den Teil des Gewerbeverlustes gekürzt, der auf die in der DDR einschl. Berlin (Ost) belegenen Betriebsstätten entfällt. Soweit sich in einem der folgenden Erhebungszeiträume ein positiver Gewerbeertrag aus den in der DDR einschließlich Berlin (Ost) belegenen Betriebsstätten ergibt, ist der abgezogene Betrag in dem betreffenden Erhebungszeitraum dem Gewerbeertrag wieder hinzuzurechnen.

3.5 Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Vereinsbesteuerung (Vereinsförderungsgesetz) vom 18.12.1989 (BGBl. I S. 2212)

Aufgrund des Vereinsförderungsgesetzes treten ab 1990 für Vereine folgende Änderungen in Kraft:

- Für die Besteuerung wirtschaftlicher Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften wird eine Besteuerungsgrenze eingeführt. Danach werden Körperschaft- und Gewerbesteuer nur erhoben, wenn die Einnahmen aus wirtschaftlichen Betätigungen insgesamt mehr als 60 000 DM im Jahr betragen. Im Hinblick auf die Wettbewerbsverträglichkeit der Besteuerungsgrenze werden gesellige Veranstaltungen künftig nicht mehr als Zweckbetriebe behandelt (§ 64 Abs. 3 a.o.).
- Die Freigrenzen bei der Körperschaft- und Gewerbesteuer werden in Freibeträge umgewandelt und von 5 000 DM auf jeweils 7 500 DM angehoben (§ 24 KStG, § 11 GewStG).
- Überschüsse und Verluste aus verschiedenen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbereichen können miteinander verrechnet werden (§ 64 Abs. 2 Ao). Das wird dadurch erreicht, daß mehrere steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe einer gemeinnützigen Körperschaft als ein Betrieb gelten. Bisher mußte sich jeder einzelne wirtschaftliche Geschäftsbetrieb selbst tragen.
- Kleinere gemeinnützige Körperschaften, deren steuerpflichtiger Umsatz im Vorjahr 60 000 DM nicht überschritten hat, haben ab 1990 die Möglichkeit, ihre Vorsteuer pauschal mit 7 % ihrer Umsätze abzuziehen. Wenn sie sich für die Pauschalierung entscheiden, sind sie fünf Jahre an diese Wahl gebunden (§ 23a UStG).
- Der ermäßigte Steuersatz bei der Umsatzsteuer (§ 12 Abs. 2 Nr. 8 UStG) wird künftig auch für Umsätze von Gemeinschaften gemeinnütziger Körperschaften in der Rechtsform der BGB-Gesellschaft gewährt (z.B. Spielgemeinschaften im Sport).
- Für sportliche Veranstaltungen wurde eine Zweckbetriebsgrenze eingeführt. Sie gelten danach künftig als Zweckbetrieb, wenn die Einnahmen (einschl. der Umsatzsteuer) insgesamt 60 000 DM im Jahr nicht übersteigen. Bei höheren Einnahmen liegt grundsätzlich ein steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vor (§ 67a Abs. 1 Ao).
- Gesellige Veranstaltungen, d.h. im wesentlichen vereinsinterne Veranstaltungen zur Pflege der Geselligkeit unter den Mitgliedern, können ab 1990 nicht mehr als steuerbegünstigte Zweckbetriebe behandelt werden. Die entsprechende Regelung in § 68 Nr. 7 Ao wurde gestrichen, da sie sich in der Praxis als unbefriedigend erwiesen hat.
- Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen gelten künftig stets als Zweckbetrieb. Die bisherige Überschußgrenze in § 68 Nr. 7 Ao wurde gestrichen.
- Weitere sinnvolle Freizeitbetätigungen werden als gemeinnützig anerkannt. Die beispielhafte Aufzählung gemeinnütziger Zwecke in § 52 Abs. 2 Ao wurde ergänzt um die Förderung der Tierzucht, der Pflanzenzucht, der Kleingärtnerei, des traditionellen Brauchtums einschl. des Karnevals, der Fastnacht und des Faschings, der Soldaten- und Reservistenbetreuung, des Amateurfunkens, des Modellflugs und des Hundesports.
- Die steuerfreie Aufwandsentschädigung für bestimmte nebenberufliche Tätigkeiten zur Förderung gemeinnütziger Zwecke im Dienst oder Auftrag einer juristischen Person des öffent-

lichen Rechts oder einer gemeinnützigen Körperschaft bis zur Höhe von insgesamt 2 400 Mark jährlich, die sog. Übungsleiterpauschale, wird auf Vergütungen für nebenberufliche Tätigkeiten im Pflegedienst ausgedehnt (§ 3 Nr. 26 EStG).

- Die Höchstgrenzen für den Abzug von Spenden zur Förderung mildtätiger Zwecke wird von 5 % auf 10 % des Gesamtbetrages der Einkünfte eines Spenders angehoben (§ 10b Abs. 1 EStG, § 9 Nr. 3 KStG).
- Die Einführung eines Vertrauensschutzes für den gutgläubigen Spender soll die Spendenfreudigkeit fördern (§ 10b Abs. 4 EStG). Danach kann der Spender auf die Richtigkeit der Spendenbestätigung vertrauen, wenn er diese nicht durch falsche Angaben erwirkt hat oder wenn ihm die Unrichtigkeit nicht bekannt war. Für unrichtige Spendenbestätigungen oder für fehlverwendete Spendenmittel wird eine Haftungsregelung eingeführt.

Das Gesetz enthält auch eine Übergangsregelung für die sog. Vermietungsgenossenschaften und -vereine. Für sie werden Schwierigkeiten beseitigt, die bei einigen Genossenschaften und Vereinen im Zusammenhang mit dem teilweisen Wegfall der Steuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen entstehen können.

3.6 Gesetz zur steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus und zur Ergänzung des Steuerreformgesetzes 1990 (Wohnungsbauförderungsgesetz - WoBauFG) vom 22.12.1989 (BGBl. I S. 2408)

3.6.1 Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus

Erhöhte Absetzungen für Baumaßnahmen an Gebäuden zur Schaffung neuer Mietwohnungen (§ 7c EStG)

Erhöhte Absetzungen für Wohnungen mit Sozialbindung (§ 7k EStG)

Steuerneutrale Entnahme von zum Betriebsvermögen gehörenden Gebäuden sowie Grund und Boden zur Schaffung von Wohnraum (§ 6 EStG)

Steuerrechtsänderungen bei Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen sowie bei Baudenkmälern

Anpassung des Berlinförderungsgesetzes an die genannten Förderungsmaßnahmen zur Wahrung des Präferenzvorsprungs Berlins und darüber hinausgehende Maßnahmen

3.6.2 Maßnahmen zur Ergänzung des Steuerreformgesetzes 1990

Steuerfreiheit bestimmter Zuschläge zum Arbeitslohn (§ 3b EStG)

Die Wertgrenze für Werbegeschenke ist von 50 DM auf 75 DM angehoben worden (§ 4 Abs. 5 EStG)

Regelung der sog. umgekehrten Maßgeblichkeit (§ 5 EStG). Der in § 5 Abs. 1 EStG neu eingefügte Satz 2 verdeutlicht den allgemeinen Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei Wahlrechten bei der Gewinnermittlung. Dies hat insbesondere Bedeutung für die Fälle der sog. umgekehrten Maßgeblichkeit.

Abzug des Importwarenabschlags beim Ansatz des Ausgangswerts für die ertragsteuerlich ab 1990 allgemein zugelassene Bewertungsmethode zur Erleichterung des Übergangs zu diesem Bewertungsverfahren (§ 6 EStG)

Übertragung der bei Unternehmensbeteiligungsgesellschaften entstandenen Veräußerungsgewinne (§ 6b Abs. 1 Nr. 5 EStG)

Verlängerung der Wiederanlagefrist bei Veräußerungsgewinnen bestimmter Anlagegüter (§ 6b Abs. 3 EStG)

Erhöhung der Obergrenze beim Realsplitting von 18 000 DM auf 27 000 DM (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG)

Anwendung des Progressionsvorbehalts auf das Eingliederungsgeld und die Verdienstausschüttung für Wehrpflichtige (§ 32b Abs. 1 EStG)

In Anlehnung an die Karenzfrist (15 bzw. 21 Monate) bei der Vollverzinsung wird die Möglichkeit der Anpassung der Einkommensteuer-Vorauszahlungen erweitert (§ 37 Abs. 3 EStG).

Pauschalierung der Lohnsteuer in besonderen Fällen (§ 40 EStG)

Die Möglichkeiten zur Lohnsteuerpauschalierung mit 15 % werden auf Fahrtkostenzuschüsse des Arbeitgebers zu Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erweitert (§ 40 Abs. 2 EStG).

Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen (§ 40b EStG)

Die Möglichkeiten der Lohnsteuerpauschalierung mit 15 % werden auf Beiträge des Arbeitgebers zu Gruppenunfallversicherungen erweitert, sofern diese Beiträge pro begünstigten Arbeitnehmer 120 DM jährlich nicht übersteigen.

Übergangsregelung für das 1990 wirksam gewordene Auslaufen der Sonderabschreibungen für bestimmte Investitionen im Kohle- und Erzbergbau (§ 81 EStDV):

Die nach § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. n EStG in Verbindung mit § 81 EStDV zulässigen Sonderabschreibungen im Kohle- und Erzbergbau sollen aufgrund der Änderungen durch das Steuerreform-

gesetz 1990 nur noch für vor dem 1.1.1990 angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter in Anspruch genommen werden können. Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilerstellungskosten blieben daher von den bisherigen Abschreibungserleichterungen ausgenommen, wenn die Investitionen erst nach dem 31.12.1989 abgeschlossen werden. Nunmehr werden die Abschreibungsmöglichkeiten auf alle Investitionsaufwendungen des Jahres 1990 ausgedehnt in Anlehnung an die Übergangsregelung nach § 8 Abs. 1 Investitionszulagengesetz, die bei Wegfall des Investitionszulagengesetzes durch das Steuerreformgesetz 1990 getroffen worden ist.

Körperschaftsteuerfreiheit von landwirtschaftlichen Genossenschaften und Vereinen (§ 5 KStG): Durch die Änderung des § 5 Abs. 1 Nr. 14 KStG sind die land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaften und Vereine steuerfrei, soweit sich ihr Geschäftsbetrieb auf die im Gesetz genannten Tätigkeiten beschränkt. Üben die Unternehmen in geringem Umfang auch andere Tätigkeiten aus, führen diese Tätigkeiten zur partiellen Steuerpflicht. Hinsichtlich der begünstigten Tätigkeiten bleibt die Steuerfreiheit erhalten. Die partielle Steuerbefreiung wird jedoch nicht uneingeschränkt gewährt, sondern - wie für Vermietungsgenossenschaften in § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG - begrenzt. Insoweit wird also zwischen der steuerbefreiten Tätigkeit einerseits und der steuerpflichtigen Tätigkeit andererseits unterschieden. Übersteigen die Einnahmen aus steuerpflichtigen Tätigkeiten 10 % der Gesamteinnahmen, entfällt die Steuerbefreiung insgesamt.

Änderung des Gewerbesteuergesetzes: Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sind künftig von der Gewerbesteuer befreit (§ 12 Abs. 4 Nr. 1 GewStG). Durch die Gesetzesänderung wird der steuerliche Zustand wiederhergestellt, wie er aufgrund von Verwaltungsregelungen bis einschließlich 1985 bestanden hatte.

3.7 Gesetz zur steuerlichen Förderung schadstoffarmer Personenkraftwagen vom 22.12.1989 (BGBl. I S. 2436)

Das o.a. Gesetz, das am 1.1.1990 in Kraft getreten ist, hat die steuerlichen Fördermaßnahmen für schadstoffarme Neuwagen und nachgerüstete Personenkraftwagen neu strukturiert. Schadstoffarme Neuwagen erhalten eine steuerliche Förderung (befristete Kraftfahrzeugsteuerbefreiung), wenn

- sie mit Ottomotor ausgestattet sind,
- sie einen Hubraum bis 2 000 ccm haben,
- die Zulassungsbehörde aufgrund der Angaben des Herstellers oder des Importeurs feststellt, daß sie als "schadstoffarm" einzustufen sind,
- die Schadstoffgrenzwerte der sog. US-Norm oder der strengen Europa-Norm eingehalten werden (gemäß Anlage XXIII zur StVZO oder Anhang IIIA der Richtlinie 70/220/EWG),
- in der Zeit vom 1.1.1990 bis 31.7.1991 erstmals zum Verkehr zugelassen werden.

Die Nachrüstung von älteren Personenkraftwagen mit unregelmäßig oder geregelten 3-Wege-Katalysatoren wird bei Erreichen festgelegter Abgasgrenzwerte der Euro- oder US-Norm mit finanziellen Zuschüssen gefördert. Diese betragen 550 DM oder 1 100 DM (1 200 DM, wenn zusätzlich ein Verdunstungsfilter zur Verhinderung schädlicher Kohlenwasserstoffemissionen nachgerüstet wird).

3.8 Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes vom 15.12.1990 (BGBl. I S. 2804)

Aufgrund von Einwendungen der EG-Kommission sind bei Kleinwagen unter 1,4 Liter Hubraum neben den Grenzwerten der US-Norm auch die etwas höheren Grenzwerte der neuen Kleinwagen-Richtlinie rückwirkend für Erstzulassungen ab 1.1.1990 als Förderungsgrundlage anerkannt worden. Werden diese Grenzwerte mit 3-Wege-Kat erreicht, dauert die Steuerbefreiung ebenso lange wie bei Einhaltung der US-Norm. Werden die Grenzwerte der Kleinwagen-Richtlinie bereits mit unregelmäßigem Kat erreicht, verkürzt sich die Dauer der Steuerbefreiung auf rd. ein Viertel.

3.9 Zweites Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 30.3.1990 (BGBl. I S. 597)

Das o.a. Gesetz sieht eine Einbeziehung der Deutschen Bundespost TELEKOM in drei zeitlichen Stufen in die Umsatzbesteuerung vor, und zwar

zum 1. Juli 1990 die Überlassung (insbesondere Vermietung und Verkauf, auch nachträgliche Funktionsänderung) und Instandhaltung (Wartung, Inspektion und Instandsetzung) von Endstelleneinrichtungen,

zum 1. Januar 1993 alle weiteren Wettbewerbsdienste und

zum 1. Januar 1996 die restlichen Tätigkeiten (insbesondere die Fernsprechsätze).

Außerdem regelt das o.a. Gesetz die Besteuerung der Umsätze von Gebrauchtfahrzeugen neu. Es wird ein neuer § 25a in das UStG eingefügt der eine Margenbesteuerung vorsieht: Der Umsatz entspricht dem Unterschied zwischen Verkaufs- und Einkaufspreis und bildet die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer. Die Steuer auf die Differenz darf in der Rechnung nicht offen ausgewiesen werden. Die Regelung tritt zum 1. Juli 1990 in Kraft und erfaßt alle Gebrauchtfahrzeugbestände ab diesem Zeitpunkt.

3.10 Gesetz über Gebühren für die Benutzung von Bundesfernstraßen mit schweren Lastfahrzeugen vom 30.4.1990 (BGBl. I S. 826) sowie Änderungsgesetz vom 6.12.1990 (BGBl. I S. 2597)

3.10.1 Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes Für die Zeit vom 1.7.1990 bis zum 31.12.1993 wird ein neuer § 9a mit besonderen Steuersätzen eingefügt; es gelten für je 200 kg Gesamtgewicht oder einen Teil davon Steuersätze

1. für Kraftfahrzeuge zwischen 22 DM und 124 DM, insgesamt jedoch nicht mehr als 3 500 DM
2. für Kraftfahrzeuganhänger bis zu 2 000 kg 22 DM, über 2 000 kg 23,50 DM, insgesamt jedoch nicht mehr als 300 DM.

In der Zeit vom 1.7.1990 bis zum 31.12.1993 beträgt der Anhängerzuschlag für die Dauer eines Jahres 300 DM (§ 10 Abs. 6 KraftStG).

3.10.2 Straßenbenutzungsgebühr

Durch das Gesetz vom 30.4. sollte für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen mit schweren Lastfahrzeugen ab dem 2. Halbjahr 1990 eine nach Achsen und Gewicht gestaffelte jährliche Gebühr zwischen 1 000 und 9 000 DM erhoben werden. Die EG-Kommission hat am 25.7. 1990 gegen das Gesetz Klage beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften erhoben, der durch einstweilige Anordnung vom 12.7.1990 die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete, die Erhebung der Straßenbenutzungsgebühr für die in den anderen Mitgliedstaaten zugelassenen Fahrzeuge bis zum Erlass des Urteils in der Hauptsache auszusetzen. Die Bundesregierung hat am 18.7.1990 festgestellt, daß das Gesetz vom 30.4. aufgrund der einstweiligen Anordnung des Europäischen Gerichtshofs vom 12.7.1990 in der vorliegenden Fassung vorläufig nicht durchführbar ist; sie hat daher am 9.8.1990 eine

Aussetzung der Erhebung der Straßenbenutzungsgebühr zunächst bis zum 30.6.1991 beschlossen. Damit wurde, soweit EG-Ausländer betroffen sind, der einstweiligen Anordnung des EuGH vom 12.7.1990 Rechnung getragen. Die Wirkungen der einstweiligen Anordnung wurden jedoch auf alle vom Straßenbenutzungsgebührengesetz betroffenen Fahrzeuggruppen ausgedehnt, die Gebühr wird also auch für Deutsche ausgesetzt. Die gesetzliche Regelung erfolgt durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Gebühren für die Benutzung von Bundesfernstraßen mit schweren Lastfahrzeugen vom 6.12.1990.

3.11 Gesetz zur steuerlichen Förderung besonders schadstoffarmer Personenkraftwagen mit Dieselmotor vom 19.12.1990 (BGBl. I S. 2906)

Durch das Gesetz zur steuerlichen Förderung besonders schadstoffarmer Personenkraftwagen mit Dieselmotor werden sowohl die Neuwagenförderung als auch die Nachrüstung von besonders schadstoffarmen Personenkraftwagen mit Dieselmotor rückwirkend vom 1.1.1989 bis zum 31.7.1992 durch Steuerbefreiung gefördert.

3.12 Verordnung zur Änderung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung vom 10.10.1989 (BGBl. I S. 1845)

Durch die Rechtsverordnung wird in erster Linie die Lohnsteuer-DV an die durch das Steuer-

reformgesetz 1990 geschaffene Rechtslage angepaßt. Darüber hinaus enthält die Rechtsverordnung aber auch die von der Bundesregierung bei der Vorlage des Entwurfs des Steuerreformgesetzes 1990 bereits angekündigte Aufhebung des sog. Zukunftssicherungs-Freibetrags (§ 2 Abs. 3 Nr. 2 LStDV).

3.13 Sechste Verordnung zur Änderung der Umsatzsteuer-DV vom 22.12.1989 (BGBl. I S. 2561)

Durch die ÄnderungsVO wird die Umsatzsteuer-DV an Vorschriften des EG-Gemeinschaftsrechts sowie redaktionell an zum 1.1.1990 wirksam werdende Änderungen des UStG angepaßt.

3.14 Siebente Verordnung zur Änderung der Umsatzsteuer-DV vom 30.6.1990 (BGBl. I S. 1313)

Durch die Verordnung wird die Umsatzsteuer-DV an das im Zusammenhang mit der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Deutschen Demokratischen Republik geänderte Umsatzsteuergesetz angepaßt.

4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell
ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1990*)

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.1 Lohnsteuer</u></p>	
<p>In der Regel bis zum 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats. Ausnahme: Vierteljahreszahlungen/Jahreszahlungen, wenn die abzuführende Lohnsteuer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 6 000/600 DM betragen hat. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung mit Abstand von mindestens einem Monat.</p>	<p>Progressionstarif (Die tatsächliche Belastung mit Einkommensteuer ist ein Durchschnitt aus der Besteuerung zum 0-Satz, mit 19 oder 53 % und der Grenzbesteuerung in der Progressionszone)</p> <p>Splittingverfahren bei Ehegatten.</p>
<p>Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich (LStJA) durchgeführt wird - aus dem Aufkommen des folgenden Jahres erstattet. Wegen der Erstattung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe unter 2.2 "Abschlußzahlungen".</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Grundfreibetrag von 5 616/11 232 DM zu versteuerndes Einkommen - Untere Proportionalzone mit Steuersatz von 19 vH auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 5 617/11 234 DM bis 8 153/16 307 DM, - Geradlinig ansteigende Grenzsteuerbelastung (Progressionszone) mit von 19 vH bis unter 53 vH steigenden Grenzsteuersätzen auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 8 154/16 308 DM bis 120 041/240 082 DM, - obere Proportionalzone (53 vH).
<p><u>4.2 Veranlagte Einkommensteuer</u></p>	<p>Berücksichtigung einer Reihe von Abzugsbeträgen und Sonderausgaben, die - vielfach ohne Rücksicht auf die dem Steuerpflichtigen tatsächlich entstehenden Kosten - die Höhe des zu versteuernden Einkommens beeinflussen; hierzu zählen insbesondere Versorgungs-, Kinderfreibetrag, Werbungskosten (Arbeitnehmer-Pauschbetrag), Freibetrag für Land- und Forstwirte, Vorsorgeaufwendungen (Versicherungs- und Bausparbeiträge), Aufwendungen für Spenden und Beiträge, außergewöhnliche Belastungen.</p>
<p><u>4.3 Kapitalertragsteuer¹⁾</u></p>	<p>I.d.R. 25 vH</p> <p>Bei unbeschränkt Steuerpflichtigen Anrechnung bei der Einkommen-/Körperschaftsteuerveranlagung.</p> <p>pfl. erhobene - Aufsichtsratssteuer (30 vH) und Abzugssteuer für Künstler, Berufssportler, Schriftsteller usw. (bei Ausübung der Tätigkeit im Inland oder Verwertung von Rechten 15 bzw. 25 vH) eine untergeordnete Rolle.</p>
<p>Steuerabzug durch den Schuldner der Kapitalerträge im Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt bis zum 10. des folgenden Monats.</p>	
<p>*) Standardangaben ohne Berücksichtigung von Sonderregelungen.</p> <p>1) Die Kapitalertragsteuer stellt den überwiegenden Aufkommensanteil der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag; demgegenüber spielt die - jeweils bei beschränkter Steuer-</p>	

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.4 Körperschaftsteuer</u></p>	
<p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 8 bis 16 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit durchschnittlich einjähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2. "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>50 vH generell; ermäßigte Steuersätze u.a. für Körperschaften, deren Gewinne beim Empfänger nicht zur Anrechnung berechtigten.</p> <p>Durch das Anrechnungsverfahren: Vereinheitlichung der Ausschüttungsbelastung auf 36 vH des Ausschüttungsbetrages (die der unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner auf seine Steuerschuld anrechnen kann). Die Körperschaftsteuer des ausschüttenden Unternehmens mindert/erhöht sich, je nachdem die Tarifbelastung der für die Ausschüttung als verwendet geltenden Kapitalteile über oder unter der Ausschüttungsbelastung liegt.</p>
<p><u>4.5 Steuern vom Umsatz</u></p>	
<p>4.5.1 Mehrwertsteuer</p>	
<p>Voranmeldungsverfahren mit späterer Jahresveranlagung. Vorauszahlungen i.d.R. am 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats (ggf. Kalendervierteljahres, wenn die Steuerschuld im letzten Kj nicht mehr als 6 000 DM betragen hat). Möglichkeit, von der Voranmeldung/Vorauszahlung befreit zu werden, wenn die Steuer für das vorangegangene Kj nicht mehr als 600 DM beträgt. Auf Antrag Fristverlängerung um 1 Monat für Monatszahler unter der Voraussetzung einer Sondervorauszahlung. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 bis 2-monatiger Verzögerung.</p>	<p>14 vH; ermäßigter Satz von 7 vH (vor allem für Lebensmittel, Zeitschriften/Bücher, Personennahverkehr usw.); Steuerbefreiungen für Ausfuhrlieferungen, Geschäftsvorfälle im Geld- und Kapitalverkehr usw.</p> <p>Vorsteuer- und sonstige Kürzungsbeträge mindern die Steuerschuld.</p> <p>Sonderregelung u.a. für Berliner Umsätze, Land- und Forstwirtschaft.</p>
<p>4.5.2 Einfuhrumsatzsteuer</p>	
<p>Sinngemäße Anwendung der Vorschriften für die Zölle/ggf. des Abschöpfungserhebungsgesetzes. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>14 bzw. 7 vH (ermäßigter Satz);</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.6 Versicherungsteuer</u></p> <p>Die Steuer wird zwei Wochen nach ihrer Entstehung fällig. Der Versicherer hat innerhalb von fünfzehn Tagen nach Ablauf eines jeden Anmelungszeitraums die Steuer zu entrichten. Anmelungszeitraum ist der Kalendermonat (das Kalenderjahr, wenn die Steuer für das vorangegangene Kalenderjahr insgesamt nicht mehr als 6 000 DM betrug). Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämieinnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>7 vH der Prämie bei Sachversicherung (bei Seeschiffskaskoversicherung 2 vH und bei der Unfallversicherung mit Prämienrückgewähr 1,4 v.H)</p> <p>0,02 vH der Versicherungssumme bei Hagelversicherung,</p> <p>Alle gesetzlichen und privaten Lebens- und Krankenversicherungen sowie die Arbeitslosenversicherung sind steuerfrei.</p>
<p><u>4.7 Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)</u></p> <p><u>4.7.1 Zölle</u></p> <p>Entstehung und Fälligkeit bei Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben; ebenso bei einer Sammelzollanmeldung. Das Aufkommen folgt der Einfuhr somit durchschnittlich nach einem Monat.</p>	<p>Differenzierte Sätze. Gemeinsamer Außenzolltarif der EG-Länder; keine Binnenzölle innerhalb der EG. Begründung von Freihandelszonen, mit den Rest-EFTA-Ländern, Einräumung von Zollpräferenzen gegenüber einem wachsenden Kreis von Staaten (hauptsächlich Entwicklungsländer). Wegen des Beitritts von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 Verwirklichung der Zollunion zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten durch schrittweise Senkung der Zollsätze ab 1.3.1986 in 8 unterschiedlichen Schritten zwischen 10 und 15 % (für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse letzte Senkungsstufe 1.1.1996).</p>
<p><u>4.7.2 Tabaksteuer</u></p> <p>Die Tabaksteuer ist durch Verwendung von Steuerzeichen (Banderolen) zu entrichten, die vom Hersteller vor Entfernung der Tabakwaren aus dem Herstellungsbetrieb²⁾ anzubringen und zu entwerten sind. Sie wird fällig bei Zigaretten, Rauchtabak und Zigarettenhüllen</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die bis zum 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 12. des nächsten Monats (für die vom 1.-15.12. bezogenen Zigarettensteuerzeichen jedoch am 27.12.), - für die nach dem 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 27. des nächsten Monats; <p>bei Zigarren und Zigarillos</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei einem Steuerzeichenbezug wie oben - am 10. bzw. 25. des übernächsten Monats. 	<p>Differenzierte Steuersätze für Zigaretten, Feinschnitt (1990 95,5 % bzw. 3,7 % der gesamten Tabaksteuereinnahmen), Zigarren, Zigarillos, Pfeifen-, Schnupf-, Kautabak und Zigarettenhüllen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zigaretten: 6,18 Pf/St + 31,5 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 10 Pf/St. - Feinschnitt: 16 DM/kg + 30 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 37 DM/kg.

2) Der Entfernung aus dem (Herstellungs-) Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: Sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebes dient.

<p>Steuerart</p> <p>Steuerentrichtung</p>	<p>Tarif</p>
<p>4.7.3 Kaffeesteuer</p>	
<p>Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß; die Steuer ist durchschnittlich 2 Monate nach Einfuhr zu zahlen.</p>	<p>Unterschiedliche Sätze zwischen 3,60 DM je kg Rohkaffee, nicht entkoffeiniert, und DM 9,90 je kg Trockenmasse flüssiger Auszüge, Essenzen oder Konzentrate aus entkoffeiniertem Kaffee.</p>
<p>4.7.4 Branntweinabgaben</p>	
<p>Die Abgaben sind zu entrichten:</p>	<p>2 550 DM/hl für Trinkbranntwein,</p>
<p>- bei Branntwein, der durch die Monopolverwaltung übernommen wurde, durch den Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Branntweinmonopolverwaltung (Branntweinsteuer),</p>	<p>1 200 DM/hl für Branntwein zu medizinischen Zwecken (unvergällt),</p>
<p>- bei Abfindungsbrennereien binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, bei Verschlussbrennereien binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner (Branntweinaufschlag³⁾),</p>	<p>600 DM/hl für Branntwein (einschl. Substitutionsalkohole) zur Herstellung von Heilmitteln, die vorwiegend zum äußerlichen Gebrauch dienen, und Kosmetika (vergällt),</p>
<p>- bei der Einfuhr entsprechend den Vorschriften des Zollgesetzes (Monopolausgleich).</p>	
<p>Unter bestimmten Voraussetzungen Zahlungsaufschub bis zum 15. des dritten auf die Fälligkeit (Übergang des Branntweins in den freien Verkehr) folgenden Monats; für Branntwein, der im Oktober in den freien Verkehr übergegangen ist, spätestens bis zum 27. Dezember.</p>	
<p>4.7.5 Schaumweinsteuer</p>	
<p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Schaumweins aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung bis zum 25. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats.</p>	<p>Für eine ganze Flasche (0,75 l)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaumwein 2,- DM - Schaumweinähnliche Getränke 0,40 DM
<p>4.7.6 Mineralölsteuer</p>	
<p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung entweder je zur Hälfte spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats o d e r in einer Summe spätestens am 10. des zweiten folgenden Monats. Zahlungen für die im November entstandene Steuerschuld spätestens am 27. Dezember. Das Aufkommen folgt dem Absatz mit ein- bis zweimonatiger Verzögerung.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bleiarmes Benzin 57,- DM/hl - Bleihaltiges Benzin 65,- DM/hl - Dieselmotortreibstoff und Schmieröl 53,25 DM/100 kg - Ermäßigte Sätze: Leichtes Heizöl 6,85 DM/100 kg Schweres Heizöl <ul style="list-style-type: none"> - Zur Wärmeerzeugung 3,- DM/100 kg - Zur Stromerzeugung 5,50 DM/100 kg Erdgas 0,26 DM/100 kWh.
<p>3) Branntweinaufschlag ist für den von der Ablieferungspflicht ausgenommenen Branntwein vom Hersteller zu entrichten. Unter den Voraussetzungen des § 79 Abs. 2</p>	<p>BranntwMonG (die auch für den Monopolausgleich gelten) vermindert sich der Abgabebetrag.</p> <p>4) Fußnotentext unter 4.7.2</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.8 Vermögensteuer</u></p>	
<p>Teilbeträge bzw. Vorauszahlungen am 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November oder Jahressteuer am 10. November nach zuletzt durchgeführter Haupt-, Nach- oder Neuveranlagung. Abrechnung der Vorauszahlungen i.d.R. im Bescheid der Hauptveranlagung, die gewöhnlich 1-2 Jahre nach dem Hauptveranlagungsstichtag durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt deshalb der wirtschaftlichen Entwicklung in etwa mit 1 1/2-jähriger Verzögerung.</p>	<p>0,5 vH des steuerpflichtigen Vermögens für natürliche Personen, 0,6 vH für juristische Personen, Grundfreibetrag für jedes Mitglied einer Veranlagungsgemeinschaft (natürliche Personen) 70 000 DM; außerdem unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlicher Freibetrag wegen Alters oder Behinderung bis 50 000 DM; Freibetrag für Betriebsvermögen für jeden Steuerpflichtigen, dem Betriebsvermögen zugerechnet wird, von 125 000 DM, der übersteigende Teil wird mit 75 % (Handelsschiffsvermögen 50 %) seines steuerlichen Wertes angesetzt.</p>
<p><u>4.9 Erbschaftsteuer</u></p>	
<p>Binnen 3 Monaten anzumelden, Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Ggf. lange Stundungsfristen, daher unter Umständen größere zeitliche Abstände zwischen dem Erwerb und dem Steueraufkommen.</p>	<p>Vier Steuerklassen nach dem Verwandtschaftsverhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenkenden); dementsprechend persönliche Freibeträge zwischen 2 000 und 250 000 DM, daneben ggf. besondere Freibeträge. Steuersätze je nach Höhe des Erwerbs und Steuerklasse des Erwerbers zwischen 3 und 70 vH.</p>
<p><u>4.10 Grunderwerbsteuer</u></p>	
<p>Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Das Finanzamt kann längere Zahlungsfristen setzen. In der Regel folgt das Aufkommen dem steuerpflichtigen Vorgang ohne größere Verzögerung.</p>	<p>2 vH des Wertes der Gegenleistung (z.B. Kaufpreis); wenn eine Gegenleistung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln ist, des Wertes des Grundstücks. Ausnahmen von der Besteuerung u.a. für den Grundstückserwerb von Todes wegen oder durch den Ehegatten des Veräußerers.</p>
<p><u>4.11 Kraftfahrzeugsteuer</u></p>	
<p>Festsetzung durch Steuerbescheid. I.d.R. jährliche Vorauszahlungen; bei mehr als 1 000 bzw. 2 000 DM Steuer sind halb- bzw. vierteljährliche Zahlungen mit einem Aufgeld von 3 bzw. 6 vH möglich. Das Aufkommen folgt mit mindestens einmonatiger Verzögerung der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes.</p>	<p>Jahressteuer für</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krafträder: 3,60 DM je 25 cm³ Hubraum - Pkw mit Hubkolbenantrieb (außer Diesel): <ul style="list-style-type: none"> - herkömmliche (nicht-schadstoffarme) Pkw <ul style="list-style-type: none"> - bei Erstzulassung vor dem 1.1.1986 18,80 DM je 100 cm³ - bei Erstzulassung nach dem 31.12.1985 21,60 DM je 100 cm³ - schadstoffarme oder bedingt schadstoffarme Pkw unter bestimmten Voraussetzungen 13,20 DM je 100 cm³ - Pkw mit Dieselmotor: <ul style="list-style-type: none"> - schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm 21,60 je 100 cm³ - nicht schadstoffarm <ul style="list-style-type: none"> 1. Zulassung vor 1.1.86 27,20 je 100 cm³ 1. Zulassung nach 31.12.85 30,- je 100 cm³ - alle anderen Fahrzeuge je nach Gewichtsklasse zwischen 22,- und 124,- DM je 200 kg Gesamtgewicht.
	<p>Ab 1.7.1985 zeitlich unterschiedlich befristete Steuerbefreiungen, gestaffelt nach Hubraumgrößen und Anerkennungs- bzw. Zulassungszeiträumen. Ergänzung der steuerlichen Förderung durch Gewährung von Finanzhilfen für die Nachrüstung von Altfahrzeugen mit Katalysatoren.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<u>4.12 Rennwett- und Lotteriesteuer</u>	
4.12.1 Renn- und Sportwettsteuer	16 2/3 vH der Wetteinsätze.
3 bis 5 Tage nach Wettannahmeschlußtag.	
4.12.2 Lotteriesteuer	
Vom Finanzamt festgelegte Fristen.	20 vH des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich Steuer.
Das Aufkommen an Rennwett- und Lotteriesteuer folgt der Wett- und Lotteriebeteiligung mit meist einmonatiger Verzögerung.	
<u>4.13 Biersteuer</u>	
Bis zum 20. des Monats, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb ⁵⁾) folgt. Das Aufkommen folgt dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.	Je nach Höhe des Bierausstoßes und der Biergattung zwischen 6 DM und 22,50 DM/hl; Vergünstigungen für Hausbrauer.
<u>4.14 Grundsteuer (A und B)</u>	
Das Finanzamt wendet auf den Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) bzw. der Grundstücke (Grundsteuer B) die Steuermeßzahl (StMZ) an und ermittelt so den jeweiligen Steuermeßbetrag, auf den die Gemeinde den durch Satzung festgesetzten Hebesatz anwendet.	Grundsteuer A - StMZ: 6 vT, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1989: 262 %).
Die für das Kalenderjahr festgesetzte Grundsteuer wird je zu einem Viertel ihres Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.	Grundsteuer B - StMZ: 3,5 vT, günstigere Regelung für Ein- und Zweifamilienhäuser, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1989: 304 %).
<u>4.15 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital</u>	
Das Finanzamt wendet auf den Gewerbeertrag ⁶⁾ und das Gewerbekapital ⁶⁾ die Steuermeßzahlen an und ermittelt so die Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und -kapital, die zum sog. einheitlichen Steuermeßbetrag addiert werden; auf ihn wendet die Gemeinde - unter Berücksichtigung der Freibeträge - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an. Erstreckt sich ein Unternehmen über mehrere Gemeinden, so wird der einheitliche Steuermeßbetrag zerlegt und der Hebesatz auf den Zerlegungsanteil angewendet.	StMZ: 5 vH des Gewerbeertrags und 2 vT des Gewerbekapitals. Freibeträge beim Gewerbeertrag: 36 000 DM für natürliche Personen und Personengesellschaften Gewerbekapital: 120 000 DM. Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1989: 362 %).

5) Fußnotentext unter 4.7.2.

6) Gewerbeertrag und -kapital werden aus dem einkommensteuerrechtlichen Gewinn bzw. aus dem Einheitswert des gewerblichen Betriebs durch gewerbesteuerrechtsspezifische Hinzurechnungen und Kürzungen abgeleitet.

<div>Steuerart</div> <div>Steuerentrichtung</div>	<div>Tarif</div>
<p>Vierteljährliche Vorauszahlungen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Jahressteuer. Das Steueraufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit ein- bis zweijähriger Verzögerung.</p> <p><u>4.16 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)</u></p> <p>Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Kassenmäßiger Nachweis: Abschlagszahlung bis zum 1. Mai, 1. August und 1. November unter Zugrundelegung des Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sog. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr ⁷⁾.</p> <p><u>4.17 Gewerbesteuerumlage</u></p> <p>Das für den Gemeindeanteil (Ziff. 4.16) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrundegelegt. Besonderheit: Die Dezembervorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten ⁷⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p> <p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>

7) Wegen des zum Teil abweichenden statistischen Nachweises siehe unter 2.3 "Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung". Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.

Nachstehend wird die Einnahmeentwicklung der finanziell bedeutendsten Steuern kurz kommentiert. Sofern nichts anderes vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Jahresergebnis.

Lohnsteuer (- 2,3 %)

Die Entlastungen durch die dritte Stufe der Steuerreform führten zu Mindereinnahmen bei Lohn-, veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer. In entgegengesetzter Richtung wirkte bei der Lohnsteuer neben den gestiegenen Effektivlöhnen auch die kräftige Zunahme der Beschäftigung; insgesamt war das Aufkommen um - 2,3 % geringer als im Vorjahr. Es ergab sich nach Abzug folgender Zulagen und Prämien:

- Arbeitnehmer-Zulagen nach dem Berlinförderungsgesetz:
3,25 Mrd. DM (1989: 2,85 Mrd. DM),
- Bergmannsprämien:
0,17 Mrd. DM (1989 0,19 Mrd. DM).

Das Lohnsteueraufkommen wurde durch den Lohnsteuerjahresausgleich für das Jahr 1989 im Jahr 1990 nach vorläufigen Ergebnissen um 5,58 Mrd. DM (Vorjahr: 5,44 Mrd. DM) gemindert.

Die Arbeitnehmer-Sparzulage nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz wurde nicht mehr durch den Arbeitgeber ausgezahlt, sondern wird beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Veranlagung zur Einkommensteuer vom Finanzamt berücksichtigt.

Die Lohnsteuer als besondere Erhebungsform der Einkommensteuer überschneidet sich mit den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer bei der Veranlagung von Arbeitnehmern gemäß § 46 EStG: Erstattungen und Nachzahlungen werden nicht bei der Lohnsteuer, sondern bei der veranlagten Einkommensteuer gebucht. Um diese und andere Überschneidungen zu eliminieren, empfiehlt es sich, die Einnahmen aus der Lohnsteuer und aus der veranlagten Einkommensteuer in einer

Summe darzustellen. Die Summe belief sich auf 214 110 Mill. DM, womit das Ergebnis von 1989 um 4 522 Mill. DM = - 2,1 % gemindert wurde.

Veranlagte Einkommensteuer (- 0,8 %)

Unter dem Einfluß der Anrechnung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer ist das kassenmäßige Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer mehr zu einer Restgröße geworden. Rechnet man zu den Ist-Einnahmen von 36,5 Mrd. DM (Vorjahr: 36,8 Mrd. DM) die Investitionszulagen gemäß §§ 1, 4, 4a und 4b Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinförderungsgesetz in Höhe von 1,2 Mrd. DM (1,0 Mrd. DM) und die Erstattungen gemäß § 46 EStG von 19,7 Mrd. DM (17,5 Mrd. DM) hinzu, so ergibt sich ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 57,4 Mrd. DM (55,3 Mrd. DM), womit das Aufkommen von 1989 um 3,8 % übertroffen wurde. Die Entwicklung des Aufkommens im Vorjahresvergleich war von gegengerichteten Faktoren geprägt: Einerseits sorgten vor allem die Zahlungen für Vorjahre, insbesondere für Veräußerungsgewinne aus 1989, für Mehreinnahmen. Da Anpassungen von Vorauszahlungen an die allgemein gute Umsatz- und Gewinnentwicklung andererseits auf der Basis des neuen Steuertarifs erfolgen, blieben die kassenmäßigen Einnahmen knapp unter dem Vorjahresniveau (- 0,8 %).

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (- 14,4 %)

Der ausgewiesene Rückgang von - 14,4 % wird durch den Basiseffekt der nur 1989 erhobenen und hier verbuchten "kleinen Kapitalertragsteuer" verursacht. Bereinigt ergibt sich für die "große Kapitalertragsteuer" eine Zunahme von + 28,5 %, worin sich die steuerliche Wirkung der hohen Gewinnausschüttungen zeigt.

Körperschaftsteuer (- 12,0 %)

Bei der Körperschaftsteuer stellten sich neben der Reformwirkung weitere aufkommensmindernde Einflüsse ein. Gesamtwirtschaftlich betrachtet kam es zu einer deutlichen Verschiebung von Erträgen aus Ausführüberschüssen mit der übrigen Welt hin zu Lieferungen in das Beitrittsgebiet mit investivem Charakter und Anfangsverlusten in der Steuerbilanz. Verstärkt wurde dies zu-

1) Siehe auch Bericht des Bundesministeriums für Finanzen I A 6 - VW 4610 - 1/91 vom 18. Februar 1991 "Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 1990 und im Dezember 1990 (vorläufige Ergebnisse)" und Gemeindefinanzbericht 1991 des Deutschen Städtetages (Heft 2/1991 "Der Städtetag").

letzt durch die Risiken im Zusammenhang mit der Golfkrise. Daneben stand die Entwicklung in enger Verbindung mit der ungewöhnlich hohen Ausschüttung von Gewinnen aus dem Vorjahr. Da die Körperschaftsteuerbelastung auf ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als auf einbehaltene, führte dies zu einem geringeren durchschnittlichen Körperschaftsteuersatz und nachträglichen Vorauszahlungsherabsetzungen für das Jahr 1989; gleichzeitig wurden die Vorauszahlungen für 1990 auf dieser niedrigeren Basis festgesetzt.

Rechnet man zu den Ist-Einnahmen von 30,1 Mrd. DM (Vorjahr: 34,2 Mrd. DM) die Investitionszulagen gemäß §§ 1, 4, 4a und 4b Investitionszulagengesetz und § 19 BerlinFG in Höhe von 2,1 Mrd. DM (1,8 Mrd. DM) hinzu, so ergibt sich ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 32,2 Mrd. DM (36,0 Mrd. DM), womit das Vorjahresergebnis um - 10,5 % unterschritten wurde.

Steuern vom Umsatz (+ 12,2 %)

Die kräftige Zunahme der Steuern vom Umsatz (+ 12,2 %) spiegelt neben der guten Verbrauchskonjunktur in den alten Bundesländern auch zum großen Teil Nachfrage aus den neuen Bundesländern wider. Vor Abzug des Umsatzsteuerausgleichs errechnet sich eine Zunahme von + 13,3 %.

Für Lieferungen westdeutscher an ostdeutsche Unternehmen wird die vereinnahmte Umsatzsteuer beim Finanzamt des westdeutschen Unternehmens abgeführt, während das ostdeutsche Unternehmen bei seinem Finanzamt im Beitrittsgebiet den Vorsteuerabzug geltend machen kann. Für diese Art von Aufkommensverlagerungen ist für das

2. Halbjahr 1990 ein Umsatzsteuerausgleich in drei Raten vereinbart worden (Rechtsgrundlage: Durch Briefwechsel vom 13./24. September getroffene Vereinbarung über den Umsatzsteuerausgleich nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990). Der Gesamtbetrag der drei Raten beläuft sich auf insgesamt 1,3 Mrd. DM.

Verbrauchssteuern

Weil seit Inkrafttreten des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 auch Lieferungen in die ehemalige DDR steuerpflichtig und viele Verbrauchsteuern als Produzentensteuern ausgestaltet sind, läßt sich der Verbrauch verbrauchsteuerpflichtiger Waren den beiden Teilgebieten nicht mehr eindeutig zuordnen. Die zum Teil kräftigen Zuwachsraten dürften nicht zuletzt auf den Einfluß der Nachfrage aus den neuen Bundesländern zurückzuführen sein.

Kraftfahrzeugsteuer (- 9,3 %)

Die Mindereinnahmen gehen auf die Steuersenkungen für Lkw zurück.

Gewerbsteuer (+ 5,7 %)

Das Gewerbesteueraufkommen bildete im Steuerreformjahr 1990 die Stütze der gemeindlichen Steuereinnahmen. Der Zuwachs beruhte bei schwacher Zunahme der Vorauszahlungen vor allem auf guten Veranlagungsergebnissen für frühere Jahre.

T a b e l l e n t e i l

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1990

1.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1990	4. Vj 1989	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	157 894,4	150 311,9	+ 7 582,5	+ 5,0
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	115 174,6	110 419,3	+ 4 755,3	+ 4,3
Lohnsteuer	54 419,9	53 777,7	+ 642,2	+ 1,2
Veranlagte Einkommensteuer	10 787,6	11 205,4	- 417,8	- 3,7
Kapitalertragsteuer	1 477,8	1 108,7	+ 369,0	+ 33,3
Körperschaftsteuer	7 048,5	9 341,1	- 2 292,6	- 24,5
Umsatzsteuer ¹⁾	21 544,6	17 937,3	+ 3 607,3	+ 20,1
Einfuhrumsatzsteuer	19 896,3	17 049,1	+ 2 847,2	+ 16,7
Bundessteuern ²⁾	22 486,3	20 528,8	+ 1 957,5	+ 9,5
Gesellschaftsteuer	129,0	146,8	- 17,9	- 12,2
Börsenumsatzsteuer	134,7	224,6	- 89,9	- 40,0
Versicherungsteuer	725,6	712,6	+ 13,1	+ 1,8
Wechselsteuer	71,8	72,5	- 0,7	- 0,9
Tabaksteuer	6 901,2	5 612,0	+ 1 289,2	+ 23,0
Kaffeesteuer	530,3	446,5	+ 83,8	+ 18,8
Teesteuer	10,1	14,2	- 4,1	- 28,6
Zuckersteuer	50,3	47,5	+ 2,7	+ 5,7
Salzsteuer	12,9	11,2	+ 1,7	+ 15,4
Branntweinabgaben	1 704,6	1 218,7	+ 485,9	+ 39,9
Schaumweinsteuer	357,6	283,5	+ 74,0	+ 26,1
Leuchtmittelsteuer	45,5	38,9	+ 6,6	+ 17,1
Mineralölsteuer	11 812,8	11 699,4	+ 113,3	+ 1,0
Ergänzungsabgabe	0,1	0,5	- 0,4	- 80,9
Pauschalierte Eingangsabgaben	- 0,3	- 0,2	- 0,1	x
Sonstige Bundessteuern ²⁾	0,0	0,1	- 0,1	- 89,1
Landessteuern	6 185,9	6 041,1	+ 144,8	+ 2,4
Vermögensteuer	1 759,2	1 550,6	+ 208,6	+ 13,5
Erbchaftsteuer	814,3	583,4	+ 230,9	+ 39,6
Grunderwerbsteuer	900,9	1 002,1	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	1 705,5	2 014,1	- 308,6	- 15,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	560,5	514,6	+ 46,0	+ 8,9
dar.: Lotteriesteuer	515,4	468,9	+ 46,5	+ 9,9
Biersteuer	361,2	296,7	+ 64,5	+ 21,7
Feuerschutzsteuer	84,3	79,6	+ 4,7	+ 5,9
Zölle (100 %)	2 036,7	1 823,3	+ 213,4	+ 11,7
Gemeindesteuern	12 011,0	11 499,5	+ 511,5	+ 4,4
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	118,9	119,5	- 0,5	- 0,5
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 722,5	1 693,1	+ 29,4	+ 1,7
Gewerbesteuer	9 923,9	9 457,7	+ 466,2	+ 4,9
Grunderwerbsteuer	70,6	67,2	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	175,1	162,0	+ 13,0	+ 8,0
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	971,5	1 069,3	- 97,8	- 9,2

1) Bereits vermindert um den Umsatzsteuer-Ausgleich nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 in Höhe von 1,3 Mrd. DM.

2) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1990

1.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1990	4. Vj 1989	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	163 265,0	156 709,3	+ 6 555,7	+ 4,2
EG-Eigenmittel insgesamt	5 542,1	5 733,6	- 191,5	- 3,3
Zölle	2 036,7	1 823,2	+ 213,5	+ 11,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	3 447,1	3 511,2	- 64,1	- 1,8
BSP-Eigenmittel ¹⁾	58,3	399,2	- 340,9	- 85,4
Steuereinnahmen des Bundes ²⁾	79 329,2	73 548,2	+ 5 781,0	+ 7,9
Bundessteuern ³⁾	22 486,3	20 528,8	+ 1 957,5	+ 9,5
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) .	27 713,2	27 617,8	+ 95,4	+ 0,3
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 263,1	5 224,9	- 961,8	- 18,4
Steuern vom Umsatz ⁴⁾ (65 %)	23 489,5	19 229,9	+ 4 259,6	+ 22,2
Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 435,5	1 345,9	+ 89,5	+ 6,7
Zuweisungen an EG nach BSP-Schlüssel (Ausgabe) .	58,3	399,2	- 340,9	- 85,4
Steuereinnahmen der Länder	54 102,0	52 475,0	+ 1 627,0	+ 3,1
Landessteuern	6 185,9	6 041,1	+ 144,8	+ 2,4
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) .	27 713,2	27 617,8	+ 95,4	+ 0,3
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 263,1	5 224,9	- 961,8	- 18,4
Steuern vom Umsatz (35 %)	14 504,3	12 245,2	+ 2 259,1	+ 18,4
Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 435,5	1 345,9	+ 89,5	+ 6,7
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	3 854,4	3 777,2	+ 77,2	+ 2,0
Länder ohne Stadtstaaten	50 247,6	48 697,8	+ 1 549,8	+ 3,2
Steuereinnahmen der Gemeinden	24 291,8	24 952,6	- 660,8	- 2,6
Gewerbsteuer (brutto)	9 923,9	9 457,7	+ 466,2	+ 4,9
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 787,0	2 674,7	+ 112,3	+ 4,2
Gewerbsteuer (netto)	7 136,9	6 783,0	+ 353,9	+ 5,2
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	15 067,8	16 127,7	- 1 060,0	- 6,6
Übrige Gemeindesteuern	2 087,1	2 041,8	+ 45,3	+ 2,2
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	1 458,4	1 376,7	+ 81,6	+ 5,9
Gemeinden/Gv.	22 833,4	23 575,8	- 742,5	- 3,2
Kreisfreie Städte	8 522,6	8 848,6	- 326,0	- 3,7
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	14 259,2	14 678,7	- 419,5	- 2,9
mit weniger als 10 000 Einwohnern	4 745,0	4 987,1	- 242,1	- 4,9
mit 10 000 Einwohnern und mehr	9 514,2	9 691,6	- 177,5	- 1,8
Landkreise	51,5	48,5	+ 3,0	+ 6,3
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	0,1	0,0	+ 0,0	+ 6,1

1) Eigenmittelbeträge auf der Basis des Brutto-sozialprodukts zu Marktpreisen (Spitzenfinanzierung).

2) Ohne BSP-Eigenmittel.

3) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

4) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1990

1.3 Nach Ländern

Mill.DM

Land	Viertel- jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung						Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein- schaft- steuern	Bundes- steuern 1)	Landes- steuern	Zölle (100 %)	Gemeinde- steuern	ins- gesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	4./90	115 174,6	22 486,3	6 185,9	2 036,7	12 011,0	157 894,4	54 102,0	24 291,8
	4./89	110 419,3	20 528,8	6 041,1	1 823,3	11 499,5	150 311,9	52 475,0	24 952,6
Schleswig-Holstein ...	4./90	3 620,7	48,7	229,2	25,9	335,2	4 259,7	1 982,6	917,6
	4./89	3 213,7	154,6	213,3	30,1	340,7	3 952,4	1 938,6	938,8
Niedersachsen	4./90	8 582,5	785,6	546,4	83,2	1 142,2	11 139,9	5 548,9	2 529,3
	4./89	8 670,5	871,5	563,4	92,4	1 109,7	11 307,6	5 416,7	2 617,6
Nordrhein-Westfalen ..	4./90	37 649,4	6 838,8	1 666,0	1 207,8	3 622,8	50 984,8	15 072,4	7 150,4
	4./89	33 728,7	5 486,8	1 627,0	669,8	3 376,1	44 888,4	14 574,0	7 242,4
Hessen	4./90	11 291,0	687,5	638,1	145,5	1 259,0	14 021,0	5 106,9	2 487,2
	4./89	11 475,9	757,7	585,0	191,3	1 112,1	14 122,0	5 167,1	2 445,4
Rheinland-Pfalz	4./90	4 990,0	335,4	252,0	39,3	648,7	6 265,3	2 819,9	1 077,6
	4./89	4 979,7	480,0	276,1	37,7	759,3	6 532,6	2 847,7	1 161,7
Baden-Württemberg	4./90	18 760,2	1 200,2	1 107,4	112,1	1 870,9	23 050,8	9 157,8	3 953,1
	4./89	18 471,8	1 270,3	988,2	141,1	1 799,1	22 670,5	8 515,4	4 189,8
Bayern	4./90	19 047,3	1 258,8	1 166,0	157,2	1 958,8	23 588,2	9 751,6	4 424,7
	4./89	18 767,1	1 293,3	1 170,1	265,9	1 922,0	23 418,5	9 446,6	4 667,6
Saarland	4./90	1 576,5	23,5	76,2	4,9	141,6	1 822,8	807,5	293,6
	4./89	1 435,1	23,8	68,8	7,7	146,1	1 681,7	791,6	312,6
Hamburg	4./90	6 272,2	5 564,0	226,1	176,8	572,5	12 811,5	1 909,5	817,0
	4./89	6 248,2	5 443,2	262,4	285,2	501,3	12 740,3	1 841,3	746,4
Bremen	4./90	1 521,3	346,8	61,4	74,4	170,1	2 174,1	576,0	263,9
	4./89	1 498,3	268,1	61,8	81,0	159,0	2 068,3	558,4	252,5
Berlin (West)	4./90	1 863,5	5 396,9	217,0	9,8	289,2	7 776,4	1 368,9	377,4
	4./89	1 930,2	4 479,3	225,1	21,0	274,0	6 929,6	1 377,5	377,8

1) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r der
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	115 174 603	3 620 695	8 582 511	37 649 393	11 290 995
2	Lohnsteuer	54 419 866	1 698 094	4 839 494	15 253 195	5 922 681
3	Veranlagte Einkommensteuer	10 787 590	625 165	825 222	3 513 962	692 666
4	Kapitalertragsteuer	1 477 753	37 992	70 547	405 406	173 656
5	Körperschaftsteuer	7 048 461	285 695	424 648	1 997 360	680 882
6	Umsatzsteuer ¹⁾	21 544 588	633 050	1 523 409	5 618 161	2 139 098
7	Einfuhrumsatzsteuer	19 896 345	340 699	899 191	10 861 309	1 682 012
8	Bundessteuern ²⁾	22 486 256	48 703	785 613	6 838 787	687 459
9	Gesellschaftsteuer	128 961	- 105	1 623	22 302	26 648
10	Börsenumsatzsteuer	134 702	1 302	4 036	25 714	43 920
11	Versicherungsteuer	725 621	6 514	55 775	238 240	84 540
12	Wechselsteuer	71 846	674	4 735	18 457	13 802
13	Tabaksteuer	6 901 229	78	65	1 573 728	28
14	Kaffeesteuer	530 305	3 839	30 512	42 911	1 234
15	Teesteuer	10 142	811	2 773	2 533	78
16	Zuckersteuer	50 255	1 946	11 116	15 967	1 635
17	Salzsteuer	12 881	50	5 921	2 004	5
18	Branntweinabgaben	1 704 596	824	3 816	1 666 583	2 993
19	Schaumweinsteuer	357 578	779	2 875	17 394	124 261
20	Leuchtmittelsteuer	45 546	67	3 096	17 664	2 959
21	Mineralölsteuer	11 812 793 ^{a)}	31 858	659 160	3 197 679	384 921
22	Ergänzungsabgabe	90	9	52	21	- 93
23	Pauschalierte Eingangsabgaben	- 301	57	58	- 2 418	528
24	Sonstige Bundessteuern ²⁾	12	-	0	8	0

1) Bereits vermindert um den Umsatzsteuer-Ausgleich nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 in Höhe von 1,3 Mrd. DM.

2) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

a) Darunter 591 022 (000) DM Heizölsteuer und 394 220 (000) DM Erdgassteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1990
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

4 989 969	18 760 211	19 047 327	1 576 480	105 517 581	6 272 174	1 521 326	1 863 519	9 657 019	1
2 330 281	9 478 668	9 747 348	735 925	50 005 686	2 653 340	757 485	1 003 354	4 414 179	2
566 095	1 837 137	1 899 754	70 979	10 030 980	524 813	110 557	121 239	756 609	3
51 573	259 694	260 876	64 584	1 324 328	75 289	13 774	64 361	153 424	4
338 171	1 577 898	1 089 563	41 504	6 435 721	500 458	70 585	41 696	612 739	5
1 163 090	3 654 767	4 163 898	327 550	19 223 023	1 534 904	236 443	550 217	2 321 564	6
540 759	1 952 047	1 885 888	335 938	18 497 843	983 370	332 482	82 652	1 398 504	7
335 437	1 200 154	1 258 824	23 543	11 178 520	5 564 015	346 825	5 396 894	11 307 734	8
2 147	19 366	40 540	1 708	114 229	4 859	2 126	7 748	14 733	9
1 997	13 976	29 026	540	120 511	8 148	1 076	4 967	14 191	10
7 390	54 376	167 993	3 239	618 067	94 377	4 926	8 251	107 554	11
1 641	13 399	11 764	583	65 055	4 092	1 855	842	6 789	12
51	172 668	181	6	1 746 805	39	20	5 154 364	5 154 423	13
11 335	1 112	5 370	3	96 316	58 587	235 816	139 587	433 990	14
- 0	97	211	0	6 503	2 579	1 048	12	3 639	15
55	14 450	3 863	304	49 336	879	84	- 43	920	16
179	1 836	2 670	175	12 840	21	19	2	42	17
2 514	19 732	2 337	503	1 699 302	2 436	89	2 773	5 298	18
161 550	19 524	20 148	8 335	354 866	1 876	431	404	2 711	19
98	1 128	14 533	307	39 852	384	204	5 104	5 692	20
146 360	868 205	959 362	7 874	6 255 419	5 385 460	99 102	72 812	5 557 374	21
19	15	16	- 75	- 36	119	7	- 2	124	22
101	268	810	40	- 556	158	22	73	253	23
-	2	0	1	11	1	-	-	1	24

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
25	Landessteuern	6 185 900	229 181	546 448	1 666 002	638 093
26	Vermögensteuer	1 759 222	43 737	150 074	494 603	209 439
27	Erbschaftsteuer	814 302	22 595	37 279	232 070	90 324
28	Grunderwerbsteuer	900 863	38 700	80 102	213 753	103 042
29	Kraftfahrzeugsteuer	1 705 466	93 146	190 004	447 041	155 550
30	Rennwett- und Lotteriesteuer	560 517	20 371	58 466	156 279	53 112
31	Totalisatorsteuer	27 774	577	1 091	11 914	743
32	Andere Rennwettsteuer	6 412	50	569	2 733	533
33	Lotteriesteuer	515 376	19 744	56 805	137 988	50 333
34	Sportwettsteuer ¹⁾	10 954	-	-	3 645	1 502
35	Feuerschutzsteuer	84 331	1 863	5 848	7 602	- 278
36	Biersteuer	361 199	8 769	24 675	114 654	26 904
37	Sonstige	- 1	-	-	-	-
38	Zölle (100 %)	2 036 717	25 897	83 172	1 207 764	145 500
39	Gemeindesteuern	12 010 980	335 196	1 142 196	3 622 812	1 258 966
40	Grundsteuern	- 1 841 393	78 687	218 652	516 482	150 054
41	Gewerbsteuer (brutto)	9 923 901	244 087	895 355	3 035 507	1 096 739
42	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	245 685	12 422	28 189	70 823	12 173
43	Steuereinnahmen insgesamt	157 894 444	4 259 672	11 139 940	50 984 750	14 021 013
n a c h d e r						
44	EG-Eigenmittel insgesamt	5 542 088	x	x	x	x
45	Zölle	2 036 704	x	x	x	x
46	Mehrwertsteuer-Eigenmittel	3 447 083	x	x	x	x
47	BSP-Eigenmittel ²⁾	58 301	x	x	x	x
48	Steuereinnahmen des Bundes ³⁾	79 329 213	x	x	x	x
49	Bundessteuern ⁴⁾	22 486 256	x	x	x	x
50	Steuern vom Einkommen (42,5 bzw. 50 %)	31 976 277	x	x	x	x
51	Steuern vom Umsatz ⁵⁾ (65 %)	23 489 524	x	x	x	x
52	Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 435 457	x	x	x	x
53	Zuweisungen an EG nach BSP-Schlüssel (Ausgabe)	58 301	x	x	x	x
54	Steuereinnahmen der Länder	54 101 961	1 982 566	5 548 858	15 072 400	5 106 904
55	Landessteuern	6 185 900	229 181	546 448	1 666 002	638 093
56	Steuern vom Einkommen (42,5 bzw. 50 %)	31 976 277	1 297 278	2 897 861	9 140 110	3 031 483
57	Steuern vom Umsatz (35 %)	14 504 327	413 971	1 987 731	3 877 409	1 283 267
58	Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 435 457	42 136	116 818	388 879	154 061
59	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	24 291 750	917 598	2 529 276	7 150 381	2 487 152
60	Gemeindesteuern	12 010 980	335 196	1 142 196	3 622 812	1 258 966
61	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 786 999	84 270	233 617	777 760	308 117
62	Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	15 067 769	666 672	1 620 697	4 305 329	1 536 303
63	Steuereinnahmen insgesamt	163 265 012	x	x	x	x
Außerdem:						
64	Lastenausgleichsabgaben	52	-	8	3	-

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Eigenmittelbeträge auf der Basis des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (Spitzenfinanzierung).

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1990
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
251 993	1 107 427	1 166 024	76 228	5 681 396	226 059	61 415	217 030	504 504	25
71 162	320 323	292 092	14 062	1 595 492	84 885	18 147	60 699	163 731	26
19 486	200 563	148 034	4 831	755 182	31 218	5 570	22 333	59 121	27
-	168 226	202 772	3 526	810 121	34 621	5 471	50 649	90 741	28
100 297	289 134	297 386	29 692	1 602 250	38 646	16 624	47 945	103 215	29
35 581	84 962	86 505	8 983	504 259	27 058	5 565	23 636	56 259	30
2	3 293	4 805	1	22 426	1 983	351	3 015	5 349	31
-	1 156	543	11	5 595	793	26	-	819	32
35 579	77 602	78 731	8 971	465 753	23 814	5 189	20 621	49 624	33
-	2 912	2 427	-	10 486	469	-	-	469	34
9 343	5 613	50 548	879	81 418	255	584	2 073	2 912	35
16 125	38 607	88 687	14 256	332 677	9 377	9 453	9 693	28 523	36
-	0	-	- 1	- 1	-	-	-	-	37
39 266	112 058	157 152	4 949	1 775 758	176 768	74 426	9 765	260 959	38
648 663	1 870 929	1 958 825	141 591	10 979 178	572 508	170 094	289 200	1 031 802	39
96 609	217 351	350 557	31 434	1 659 826	96 451	34 654	50 462	181 567	40
497 063	1 632 067	1 595 684	97 510	9 094 012	471 724	126 108	232 057	829 889	41
54 991	21 511	12 584	12 647	225 340	4 332	9 332	6 681	20 345	42
6 265 328	23 050 777	23 588 152	1 822 790	135 132 422	12 811 523	2 174 086	7 776 408	22 762 017	43
Steuerverteilung									
x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
x	x	x	x	x	x	x	x	x	51
x	x	x	x	x	x	x	x	x	52
x	x	x	x	x	x	x	x	x	53
2 819 946	9 157 759	9 751 625	807 513	50 247 571	1 909 505	576 017	1 368 866	3 854 388	54
251 993	1 107 427	1 166 024	76 228	5 681 396	226 059	61 415	217 030	504 504	55
1 638 725	5 611 477	5 718 520	416 207	29 751 661	1 252 253	361 887	610 475	2 224 615	56
856 597	2 180 573	2 596 543	301 741	13 497 832	368 660	144 824	493 011	1 006 495	57
72 631	258 282	270 538	13 337	1 316 682	62 533	7 891	48 350	118 774	58
1 077 614	3 953 101	4 424 671	293 569	22 833 362	817 046	263 904	377 438	1 458 388	59
648 663	1 870 929	1 958 825	141 591	10 979 178	572 508	170 094	289 200	1 031 802	60
72 500	476 197	570 752	26 236	2 549 449	125 067	15 782	96 701	237 550	61
501 451	2 558 369	3 036 598	178 214	14 403 633	369 605	109 592	184 939	664 136	62
x	x	x	x	x	x	x	x	x	63
-	11	5	-	27	23	0	2	25	64

3) Ohne BSP-Eigenmittel.
4) Einschl. EKGS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).
5) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.1 Nach Steuerarten

Mill.

Lfd. Nr.	Steuerart	Viertel-jahr	Bundes-gebiet	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
1	Steuern insgesamt	4./90	24 291,8	917,6	2 529,3	7 150,4	2 487,2
2		3./90	18 774,8	601,3	1 652,5	5 339,0	1 991,1
3		4./89	24 952,6	938,8	2 617,6	7 242,4	2 445,4
4	Grundsteuer A	4./90	118,9	7,1	23,3	12,4	6,4
5		3./90	115,1	8,1	25,6	15,3	9,3
6		4./89	119,5	7,2	25,1	11,1	6,6
7	Grundsteuer B	4./90	1 722,5	71,6	195,4	504,1	143,7
8		3./90	2 349,2	91,4	264,6	683,8	181,8
9		4./89	1 693,1	72,4	197,7	487,9	141,2
10	Gewerbsteuer (brutto)	4./90	9 923,9	244,1	895,4	3 035,5	1 096,7
11		3./90	10 205,8	263,1	776,4	2 935,0	1 178,1
12		4./89	9 457,7	248,7	858,5	2 808,1	951,1
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4./90	2 787,0	84,3	233,6	777,8	308,1
14		3./90	1 334,8	36,6	122,7	373,4	142,4
15		4./89	2 674,7	80,0	232,9	777,2	301,3
16	Gewerbsteuer (netto)	4./90	7 136,9	159,8	661,7	2 257,7	788,6
17		3./90	8 871,1	226,5	653,7	2 561,6	1 035,7
18		4./89	6 783,0	168,7	625,6	2 030,8	649,9
19	Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	4./90	15 067,8	666,7	1 620,7	4 305,3	1 536,3
20		3./90	7 185,4	260,3	677,1	1 996,5	751,9
21		4./89	16 127,7	678,1	1 740,8	4 643,5	1 634,6
22	Grunderwerbsteuer	4./90	70,6	-	0,6	-	0,9
23		3./90	61,8	-	1,4	-	1,7
24		4./89	67,2	-	2,4	-	3,6
25	Sonstige Steuern und steuer-ähnliche Einnahmen	4./90	175,1	12,4	27,6	70,8	11,2
26		3./90	192,2	15,0	30,0	81,9	10,7
27		4./89	162,0	12,3	26,1	69,1	9,5

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1990
und Ländern
DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Lfd. Nr.
1 077,6	3 953,1	4 424,7	293,6	817,0	263,9	377,4	1
1 001,3	3 037,9	3 472,8	220,5	873,4	239,2	346,0	2
1 161,7	4 189,8	4 667,6	312,6	746,4	252,5	377,8	3
7,0	30,6	31,3	0,4	0,4	0,1	0,0	4
9,6	5,9	40,1	0,8	0,3	0,1	0,0	5
7,5	28,4	32,8	0,5	0,1	0,1	0,0	6
89,6	186,8	319,2	31,1	96,0	34,6	50,4	7
117,6	303,0	402,2	34,8	135,5	46,3	88,1	8
87,7	187,9	310,6	30,8	93,1	34,3	49,5	9
497,1	1 632,1	1 595,7	97,5	471,7	126,1	232,1	10
504,4	1 713,0	1 930,3	105,8	499,1	114,6	186,0	11
607,5	1 565,4	1 570,8	107,9	403,7	115,8	220,2	12
72,5	476,2	570,8	26,2	125,1	15,8	96,7	13
73,3	240,9	223,5	12,1	45,0	14,4	50,4	14
88,1	473,4	483,4	26,2	108,6	14,5	89,0	15
424,6	1 155,9	1 024,9	71,3	346,7	110,3	135,4	16
431,1	1 472,1	1 706,9	93,7	454,1	100,2	135,5	17
519,4	1 092,0	1 087,3	81,7	295,1	101,2	131,3	18
501,5	2 558,4	3 036,6	178,2	369,6	109,6	184,9	19
388,6	1 236,1	1 314,8	82,5	277,5	85,0	115,2	20
490,5	2 864,0	3 229,0	192,7	353,7	108,0	192,8	21
41,1	-	11,4	9,2	-	7,3	-	22
41,2	-	7,0	5,0	-	5,4	-	23
43,3	-	7,1	4,1	-	6,8	-	24
13,9	21,5	1,2	3,4	4,3	2,0	6,7	25
13,1	20,8	1,9	3,7	6,0	2,2	7,1	26
13,4	17,4	0,7	2,9	4,3	2,1	4,2	27

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.2 Nach Steuerarten, Körper

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	118 913	7 089	23 273	12 416	6 352
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 722 480	71 598	195 379	504 066	143 702
3	Gewerbsteuer (brutto)	9 923 901	244 087	895 355	3 035 507	1 096 739
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 786 999	84 270	233 617	777 760	308 117
5	Gewerbsteuer (netto)	7 136 902	159 817	661 738	2 257 747	788 622
6	Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	15 067 769	666 672	1 620 697	4 305 329	1 536 303
7	Grunderwerbsteuer	70 619	-	638	-	949
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	175 066	12 422	27 551	70 823	11 224
9	Insgesamt ...	24 291 750	917 598	2 529 276	7 150 381	2 487 152
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	4 427	35	514	1 084	198
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	634 716	23 212	63 246	260 727	62 944
12	Gewerbsteuer (brutto)	4 195 137	72 718	336 333	1 613 438	616 748
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 057 250	24 279	83 844	391 041	122 754
14	Gewerbsteuer (netto)	3 137 887	48 439	252 489	1 222 397	493 994
15	Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	4 661 279	156 001	389 007	1 996 198	409 880
16	Grunderwerbsteuer	18 672	-	127	-	- 274
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	65 663	2 843	10 721	37 750	5 149
18	Insgesamt ...	8 522 644	230 530	716 104	3 518 156	971 891

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1990
 schäftsgruppen und Ländern
 DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
gesamt									
6 973	30 589	31 320	355	118 367	408	103	35	546	1
89 636	186 762	319 237	31 079	1 541 459	96 043	34 551	50 427	181 021	2
497 063	1 632 067	1 595 684	97 510	9 094 012	471 724	126 108	232 057	829 889	3
72 500	476 197	570 752	26 236	2 549 449	125 067	15 782	96 701	237 550	4
424 563	1 155 870	1 024 932	71 274	6 544 563	346 657	110 326	135 356	592 339	5
501 451	2 558 369	3 036 598	178 214	14 403 633	369 605	109 592	184 939	664 136	6
41 103	-	11 408	9 226	63 324	-	7 295	-	7 295	7
13 888	21 511	1 176	3 421	162 016	4 332	2 037	6 681	13 050	8
1 077 614	3 953 101	4 424 671	293 569	22 833 362	817 046	263 904	377 438	1 458 388	9

Städte									
534	1 295	767	-	x	x	x	x	x	10
34 108	56 566	133 913	-	x	x	x	x	x	11
261 688	480 844	813 368	-	x	x	x	x	x	12
34 489	116 211	284 632	-	x	x	x	x	x	13
227 199	364 633	528 736	-	x	x	x	x	x	14
151 482	453 141	1 105 570	-	x	x	x	x	x	15
12 979	-	5 840	-	x	x	x	x	x	16
5 477	3 616	107	-	x	x	x	x	x	17
431 779	879 251	1 774 933	-	x	x	x	x	x	18

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1990

2.2 Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	113 909	7 054	22 760	11 332	6 154	6 439	29 294	30 521	355
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	906 747	48 386	132 133	243 339	80 758	55 529	130 196	185 327	31 079
Gewerbsteuer (brutto)	4 898 796	171 369	559 022	1 422 069	479 991	235 376	1 151 223	782 236	97 510
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 492 198	59 991	149 773	386 719	185 363	38 010	359 986	286 120	26 236
Gewerbsteuer (netto) ..	3 406 598	111 378	409 249	1 035 350	294 628	197 366	791 237	496 116	71 274
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	9 742 354	510 671	1 231 690	2 309 131	1 126 423	349 969	2 105 228	1 931 028	178 214
Grunderwerbsteuer	393	-	1	-	-	-	-	392	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	89 191	8 554	16 127	32 305	5 969	4 987 ^{a)}	16 932	1 069	3 248
Insgesamt ...	14 259 192	686 043	1 811 960	3 631 457	1 513 932	614 290	3 072 887	2 644 453	284 170
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	31	-	-	-	-	-	-	31	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	- 3	-	-	-	-	-	-	- 3	-
Gewerbsteuer (brutto)	80	-	-	-	-	-	-	80	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	80	-	-	-	-	-	-	80	-
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	44 260	-	511	-	1 223	28 124	-	5 176	9 226
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	7 164	1 025	703	768	106	3 425	964	-	173
Insgesamt ...	51 532	1 025	1 214	768	1 329	31 549	964	5 284	9 399

1) Bei kreisangehörigen Gemeinden: einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 1 663 (000) DM der Verbandsgemeinden.

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1990

2.3 Nach Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Land	Viertel- jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände					Land- kreise
		insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden			
				zusammen	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000	
Schleswig-Holstein	4./90	917 598	230 530	686 043	339 743	346 300	1 025
	3./90	601 251	171 888	428 490	224 640	203 850	873
	4./89	938 762	245 958	691 311	338 892	352 419	1 493
Niedersachsen	4./90	2 529 276	716 104	1 811 960	1 269 277	542 684	1 214
	3./90	1 652 469	544 429	1 104 633	782 613	322 018	3 408
	4./89	2 617 614	756 421	1 857 965	1 296 139	561 826	3 230
Nordrhein-Westfalen ...	4./90	7 150 381	3 518 156	3 631 457	3 453 133	178 324	768
	3./90	5 338 996	2 768 533	2 564 378	2 446 600	117 778	6 085
	4./89	7 242 371	3 552 411	3 689 310	3 503 515	185 795	650
Hessen	4./90	2 487 152	971 891	1 513 932	1 108 185	405 747	1 329
	3./90	1 991 052	787 071	1 202 833	922 085	280 748	1 148
	4./89	2 445 356	881 637	1 560 989	1 120 876	440 113	2 730
Rheinland-Pfalz	4./90	1 077 614	431 779	614 290	156 141	458 148	31 549
	3./90	1 001 270	419 878	553 400	154 941	398 459	27 993
	4./89	1 161 698	520 343	610 452	153 706	456 745	30 902
Baden-Württemberg	4./90	3 953 101	879 251	3 072 887	1 891 828	1 181 059	964
	3./90	3 037 855	841 124	2 194 509	1 381 712	812 797	2 222
	4./89	4 189 817	982 423	3 206 873	1 967 690	1 239 183	521
Bayern	4./90	4 424 671	1 774 933	2 644 453	1 032 795	1 611 659	5 284
	3./90	3 472 822	1 676 366	1 791 109	701 631	1 089 477	5 348
	4./89	4 667 607	1 909 420	2 753 381	1 023 348	1 730 034	4 806
Saarland	4./90	293 569	-	284 170	263 071	21 099	9 399
	3./90	220 454	-	215 303	200 023	15 280	5 151
	4./89	312 593	-	308 428	287 473	20 955	4 165
Bundesgebiet ohne Stadtstaaten'	4./90	22 833 362	8 522 644	14 259 192	9 514 173	4 745 020	51 532
	3./90	17 316 169	7 209 289	10 054 655	6 814 245	3 240 407	52 228
	4./89	23 575 818	8 848 613	14 678 709	9 691 639	4 987 070	48 497

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1990

3.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1990	1989	Veränderung	
	Mitt.DM		%	
Steuereinnahmen insgesamt	549 667,1	535 525,4	+ 14 141,7	+ 2,6
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	402 617,2	396 940,8	+ 5 676,4	+ 1,4
Lohnsteuer	177 590,5	181 832,4	- 4 241,9	- 2,3
Veranlagte Einkommensteuer	36 519,4	36 799,2	- 279,8	- 0,8
Kapitalertragsteuer	10 832,4	12 648,4	- 1 816,0	- 14,4
Körperschaftsteuer	30 090,2	34 181,3	- 4 091,2	- 12,0
Umsatzsteuer ¹⁾	78 011,9	67 995,5	+ 10 016,4	+ 14,7
Einfuhrumsatzsteuer	69 572,9	63 483,9	+ 6 088,9	+ 9,6
Bundessteuern ²⁾	65 878,8	61 338,3	+ 4 540,5	+ 7,4
Gesellschaftsteuer	752,6	562,1	+ 190,5	+ 33,9
Börsenumsatzsteuer	825,9	831,4	- 5,5	- 0,7
Versicherungsteuer	4 432,5	4 189,6	+ 242,9	+ 5,8
Wechselsteuer	290,5	303,5	- 13,0	- 4,3
Tabaksteuer	17 401,8	15 508,7	+ 1 893,1	+ 12,2
Kaffeesteuer	1 928,5	1 793,2	+ 135,3	+ 7,5
Teesteuer	60,8	58,2	+ 2,6	+ 4,5
Zuckersteuer	153,7	143,1	+ 10,6	+ 7,4
Salzsteuer	45,0	42,0	+ 3,0	+ 7,2
Branntweinabgaben	4 229,1	3 920,0	+ 309,1	+ 7,9
Schaumweinsteuer	966,3	856,7	+ 109,6	+ 12,8
Leuchtmittelsteuer	163,1	154,2	+ 8,9	+ 5,7
Mineralölsteuer	34 621,3	32 964,7	+ 1 656,6	+ 5,0
Ergänzungsabgabe	1,1	- 0,1	+ 1,1	x
Pauschalierte Eingangsabgaben	6,6	7,8	- 1,2	- 15,5
Sonstige Bundessteuern ²⁾	0,1	3,1	- 3,0	- 95,9
Landessteuern	25 368,4	24 208,6	+ 1 159,9	+ 4,8
Vermögensteuer	6 333,1	5 774,7	+ 558,4	+ 9,7
Erbschaftsteuer	3 021,8	2 082,4	+ 939,3	+ 45,1
Grunderwerbsteuer	3 909,4	3 605,8	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	8 313,5	9 166,8	- 853,3	- 9,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	2 044,7	1 934,5	+ 110,2	+ 5,7
dar.: Lotteriesteuer	1 880,7	1 764,8	+ 115,9	+ 6,6
Biersteuer	1 355,3	1 259,8	+ 95,5	+ 7,6
Feuerschutzsteuer	390,7	384,6	+ 6,2	+ 1,6
Zölle (100 %)	7 162,7	6 795,3	+ 367,5	+ 5,4
Gemeindesteuern	48 640,1	46 245,5	+ 2 394,6	+ 5,2
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	440,7	452,7	- 12,0	- 2,6
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	8 282,8	8 037,4	+ 245,5	+ 3,1
Gewerbsteuer	38 795,6	36 705,7	+ 2 089,9	+ 5,7
Grunderwerbsteuer	288,6	280,8	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	832,3	769,0	+ 63,3	+ 8,2
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	4 197,9	3 886,6	+ 311,4	+ 8,0

1) Bereits vermindert um den Umsatzsteuer-Ausgleich nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 in Höhe von 1,3 Mrd. DM.

2) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1990

3.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1990	1989	Veränderung	
			Mi1l.DM	%
Steuereinnahmen insgesamt	549 105,9	535 445,9	+ 13 660,0	+ 2,6
EG-Eigenmittel insgesamt	21 383,6	22 795,1	- 1 411,5	- 6,2
Zölle	7 162,6	6 792,2	+ 370,4	+ 5,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	14 162,7	14 500,6	- 337,9	- 2,3
BSP-Eigenmittel ¹⁾	58,3	1 502,4	- 1 444,1	- 96,1
Steuereinnahmen des Bundes ²⁾	261 831,7	249 785,5	+ 12 046,2	+ 4,8
Bundessteuern ³⁾	65 878,8	61 338,3	+ 4 540,5	+ 7,4
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	90 996,7	92 918,4	- 1 921,7	- 2,1
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	20 461,3	23 414,9	- 2 953,6	- 12,6
Steuern vom Umsatz ⁴⁾ (65 %)	81 767,4	70 961,1	+ 10 806,3	+ 15,2
Gewerbesteuerumlage (50 %)	2 785,9	2 655,2	+ 130,8	+ 4,9
Zuweisungen an EG nach BSP-Schlüssel (Ausgabe)	58,3	1 502,4	- 1 444,1	- 96,1
Steuereinnahmen der Länder	191 267,0	189 214,8	+ 2 052,2	+ 1,1
Landessteuern	25 368,4	24 208,6	+ 1 159,9	+ 4,8
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	90 996,7	92 918,4	- 1 921,7	- 2,1
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	20 461,3	23 414,9	- 2 953,6	- 12,6
Steuern vom Umsatz (35 %)	51 654,7	46 017,8	+ 5 636,9	+ 12,2
Gewerbesteuerumlage (50 %)	2 785,9	2 655,2	+ 130,8	+ 4,9
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	13 282,4	13 143,4	+ 139,0	+ 1,1
Länder ohne Stadtstaaten	177 984,6	176 071,5	+ 1 913,1	+ 1,1
Steuereinnahmen der Gemeinden	74 623,6	73 650,4	+ 973,2	+ 1,3
Gewerbesteuer (brutto)	38 795,6	36 705,7	+ 2 089,9	+ 5,7
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	5 519,3	5 323,8	+ 195,5	+ 3,7
Gewerbesteuer (netto)	33 276,2	31 381,9	+ 1 894,4	+ 6,0
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	31 502,8	32 728,7	- 1 225,9	- 3,7
Übrige Gemeindesteuern	9 844,5	9 539,8	+ 304,7	+ 3,2
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	5 468,0	5 421,7	+ 46,3	+ 0,9
Gemeinden/Gv.	69 155,6	68 228,8	+ 926,8	+ 1,4
Kreisfreie Städte	27 716,5	27 087,9	+ 628,5	+ 2,3
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	41 222,2	40 935,6	+ 286,6	+ 0,7
mit weniger als 10 000 Einwohnern	13 237,0	13 454,8	- 217,7	- 1,6
mit 10 000 Einwohnern und mehr	27 985,2	27 480,9	+ 504,3	+ 1,8
Landkreise	216,9	205,2	+ 11,7	+ 5,7
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	0,8	0,2	+ 0,6	+357,1

1) Eigenmittelbeträge auf der Basis des Brutto-sozialprodukts zu Marktpreisen (Spitzenfinanzierung).

2) Ohne BSP-Eigenmittel.

3) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

4) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1990

3.3 Nach Ländern

Mill.DM

Land	Jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung						Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemeinschaftsteuern	Bundessteuern ¹⁾	Landesteuern	Zölle (100 %)	Gemeindesteuern	insgesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	1990	402 617,2	65 878,8	25 368,4	7 162,7	48 640,1	549 667,1	191 267,0	74 623,6
	1989	396 940,8	61 338,3	24 208,6	6 795,3	46 245,5	535 525,4	189 214,8	73 650,4
Schleswig-Holstein ...	1990	11 475,3	220,4	855,3	93,4	1 358,8	14 003,1	7 011,6	2 430,8
	1989	11 528,8	570,3	848,7	108,8	1 335,9	14 392,6	6 993,5	2 445,0
Niedersachsen	1990	29 334,9	2 618,3	2 361,2	265,2	4 400,0	38 979,6	19 619,6	6 965,7
	1989	31 492,0	2 887,1	2 326,4	367,0	4 233,5	41 306,0	19 525,1	7 030,3
Nordrhein-Westfalen ..	1990	134 320,2	20 305,6	6 985,8	4 106,6	14 343,1	180 061,2	53 078,4	21 783,1
	1989	119 802,3	16 998,1	6 442,7	2 148,4	13 658,0	159 046,7	52 389,6	21 260,4
Hessen	1990	40 612,9	2 345,2	2 481,1	566,8	5 251,4	51 257,5	18 892,2	7 857,9
	1989	42 768,5	2 568,1	2 383,5	812,4	4 818,7	53 351,2	19 138,9	7 544,4
Rheinland-Pfalz	1990	17 315,9	966,5	1 098,8	142,5	2 551,8	22 075,4	10 135,5	3 950,0
	1989	18 266,1	1 437,7	1 198,0	191,8	2 631,7	23 725,3	10 344,3	4 036,8
Baden-Württemberg	1990	66 263,4	3 822,5	4 319,2	412,0	7 882,6	82 699,7	32 159,0	12 221,6
	1989	65 702,7	4 139,8	3 957,4	592,2	7 449,7	81 841,7	30 623,2	12 163,0
Bayern	1990	65 204,9	4 219,4	4 852,4	594,8	8 344,1	83 215,7	34 241,4	13 017,6
	1989	67 442,8	3 739,0	4 754,3	1 018,2	7 802,9	84 757,0	34 203,7	12 808,9
Saarland	1990	5 269,5	86,1	325,0	15,8	605,7	6 302,3	2 847,0	929,0
	1989	5 308,2	117,4	297,0	26,5	585,7	6 334,7	2 853,2	940,0
Hamburg	1990	21 748,3	16 483,6	958,6	698,9	2 115,4	42 004,8	6 613,7	3 072,5
	1989	22 647,5	15 556,0	908,0	1 080,4	2 024,7	42 216,5	6 503,3	3 001,6
Bremen	1990	5 198,0	1 092,8	263,6	229,1	666,1	7 449,8	2 031,0	957,3
	1989	5 535,4	947,1	243,5	359,2	625,7	7 710,8	2 018,1	932,3
Berlin (West)	1990	5 874,0	13 718,3	867,3	37,4	1 121,0	21 618,0	4 637,7	1 438,1
	1989	6 446,6	12 377,7	849,1	90,5	1 079,0	20 842,8	4 622,0	1 487,8

1) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r der
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	402 617 214	11 475 296	29 334 926	134 320 170	40 612 906
2	Lohnsteuer	177 590 484	5 310 157	15 809 645	49 325 346	19 615 807
3	Veranlagte Einkommensteuer	36 519 439	1 503 917	2 725 564	12 344 048	2 534 792
4	Kapitalertragsteuer	10 832 395	187 482	667 164	3 041 073	1 813 379
5	Körperschaftsteuer	30 090 177	843 910	1 661 424	8 569 828	3 986 007
6	Umsatzsteuer ¹⁾	78 011 853	2 431 090	5 440 600	23 513 748	6 743 669
7	Einfuhrumsatzsteuer	69 572 866	1 198 740	3 030 529	37 526 127	5 919 252
8	Bundessteuern ²⁾	65 878 775	220 350	2 618 284	20 305 642	2 345 214
9	Gesellschaftsteuer	- 752 580	8 993	52 994	180 997	143 234
10	Börsenumsatzsteuer	825 877	5 463	27 444	172 742	278 110
11	Versicherungsteuer	4 432 476	65 670	447 996	1 456 753	517 565
12	Wechselsteuer	290 525	2 925	17 268	76 211	52 200
13	Tabaksteuer	17 401 755	296	263	4 048 780	654
14	Kaffeesteuer	1 928 456	15 689	125 706	135 547	5 522
15	Teesteuer	60 798	3 408	12 620	28 336	490
16	Zuckersteuer	153 692	5 727	34 814	53 164	4 510
17	Salzsteuer	44 966	150	20 145	6 575	26
18	Branntweinabgaben	4 229 132	3 838	8 440	3 968 885	8 667
19	Schaumweinsteuer	966 337	2 722	5 969	54 718	323 156
20	Leuchtmittelsteuer	163 108	236	9 816	55 635	10 003
21	Mineralölsteuer	34 621 330 ^{a)}	104 914	1 854 548	10 068 642	999 362
22	Ergänzungsabgabe	1 053	36	48	198	13
23	Pauschalierte Eingangsabgaben	6 564	283	213	- 1 652	1 704
24	Sonstige Bundessteuern ²⁾	126	-	0	111	- 2

1) Bereits vermindert um den Umsatzsteuer-Ausgleich nach Art.31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 in Höhe von 1,3 Mrd. DM.

2) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

a) Darunter 2 215 269 (000) Heizölsteuer und 1 364 664 (000) DM Erdgassteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1990
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

17 315 861	66 263 351	65 204 852	5 269 546	369 796 908	21 748 302	5 197 998	5 874 008	32 820 308	1
7 967 235	31 160 639	31 607 344	2 425 660	163 221 833	8 895 797	2 467 414	3 005 440	14 368 651	2
1 388 144	6 605 914	6 792 000	84 921	33 979 300	1 930 545	467 328	142 266	2 540 139	3
442 298	1 783 508	1 668 518	175 510	9 778 932	578 313	91 309	383 843	1 053 465	4
1 528 286	7 102 614	4 309 090	219 351	28 220 510	1 462 555	242 118	164 993	1 869 666	5
4 072 543	12 606 842	13 929 521	1 216 741	69 954 754	5 379 862	795 102	1 882 137	8 057 101	6
1 917 355	7 003 834	6 898 379	1 147 363	64 641 579	3 501 230	1 134 727	295 329	4 931 286	7
966 486	3 822 491	4 219 447	86 129	34 584 043	16 483 587	1 092 838	13 718 303	31 294 728	8
11 241	91 249	180 073	3 857	672 638	36 788	15 781	27 373	79 942	9
11 070	80 781	152 194	3 993	731 797	55 999	5 305	32 774	94 078	10
21 678	396 036	911 844	25 643	3 843 185	514 401	28 283	46 607	589 291	11
6 951	53 835	47 961	2 513	259 864	16 592	10 471	3 597	30 660	12
174	539 886	536	20	4 590 609	350	44	12 810 752	12 811 146	13
46 650	4 121	18 167	14	351 416	230 224	792 500	554 317	1 577 041	14
13	448	515	1	45 831	9 349	5 620	- 3	14 966	15
395	37 484	10 822	845	147 761	4 611	442	879	5 932	16
677	6 737	9 952	527	44 789	25	80	73	178	17
7 821	72 404	74 949	1 172	4 146 176	52 983	685	29 290	82 958	18
444 163	50 871	54 154	21 977	957 730	5 498	2 004	1 104	8 606	19
294	3 687	59 735	1 124	140 530	1 087	620	20 870	22 577	20
414 931	2 484 103	2 694 792	24 280	18 645 572	15 554 965	230 891	189 901	15 975 757	21
33	- 67	153	9	423	194	26	409	629	22
395	910	3 595	151	5 599	518	86	360	964	23
-	6	5	3	123	3	-	-	3	24

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
25	Landessteuern	25 368 447	855 294	2 361 189	6 985 829	2 481 147
26	Vermögensteuer	6 333 066	148 898	541 374	1 747 899	711 644
27	Erbschaftsteuer	3 021 785	72 799	214 594	1 051 424	269 728
28	Grunderwerbsteuer	3 909 366	152 702	336 339	935 868	416 199
29	Kraftfahrzeugsteuer	8 313 501	361 418	934 949	2 197 509	755 724
30	Rennwett- und Lotteriesteuer	2 044 742	74 793	202 330	569 880	178 233
31	Totalisatorsteuer	98 474	1 345	2 541	45 735	2 984
32	Andere Rennwettsteuer	26 213	125	2 189	11 509	2 352
33	Lotteriesteuer	1 880 717	73 322	197 601	499 402	168 089
34	Sportwettsteuer ¹⁾	39 339	-	-	13 234	4 809
35	Feuerschutzsteuer	390 705	13 235	44 144	81 310	40 630
36	Biersteuer	1 355 270	31 450	87 458	401 939	108 988
37	Sonstige	11	-	0	-	-
38	Zölle (100 %)	7 162 706	93 388	265 208	4 106 580	566 837
39	Gemeindesteuern	48 640 077	1 358 772	4 400 041	14 343 112	5 251 407
40	Grundsteuern	8 723 573	336 537	1 047 390	2 404 179	761 412
41	Gewerbsteuer (brutto)	38 795 588	965 684	3 232 589	11 622 212	4 434 359
42	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 120 915	56 551	120 062	316 721	55 636
43	Steuereinnahmen insgesamt	549 667 087	14 003 100	38 979 648	180 061 222	51 257 507
n a c h d e r						
44	EG-Eigenmittel insgesamt	21 383 585	x	x	x	x
45	Zölle	7 162 574	x	x	x	x
46	Mehrwertsteuer-Eigenmittel	14 162 710	x	x	x	x
47	BSP-Eigenmittel ²⁾	58 301	x	x	x	x
48	Steuereinnahmen des Bundes ³⁾	261 831 739	x	x	x	x
49	Bundessteuern ⁴⁾	65 878 775	x	x	x	x
50	Steuern vom Einkommen (42,5 bzw. 50 %)	111 458 003	x	x	x	x
51	Steuern vom Umsatz ⁵⁾ (65 %)	81 767 357	x	x	x	x
52	Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 785 905	x	x	x	x
53	Zuweisungen an EG nach BSP-Schlüssel (Ausgabe)	58 301	x	x	x	x
54	Steuereinnahmen der Länder	191 267 007	7 011 599	19 619 625	53 078 429	18 892 164
55	Landessteuern	25 368 447	855 294	2 361 189	6 985 829	2 481 147
56	Steuern vom Einkommen (42,5 bzw. 50 %)	111 458 003	3 711 233	10 181 062	31 900 875	11 674 682
57	Steuern vom Umsatz (35 %)	51 654 652	2 365 592	6 835 861	13 437 531	4 447 281
58	Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 785 905	79 480	241 513	754 194	289 054
59	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	74 623 572	2 430 756	6 965 652	21 783 108	7 857 873
60	Gemeindesteuern	48 640 077	1 358 772	4 400 041	14 343 112	5 251 407
61	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	5 519 345	158 957	482 931	1 508 393	578 536
62	Gemeindeanteil an der Lohn- und veran- lagten Einkommensteuer	31 502 841	1 230 941	3 048 542	8 948 389	3 185 002
63	Steuereinnahmen insgesamt	549 105 903	x	x	x	x
Außerdem:						
64	Lastenausgleichsabgaben	800	-	741	62	- 47

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Eigenmittelbeträge auf der Basis des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (Spitzenfinanzierung).

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1990
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
1 098 751	4 319 222	4 852 444	325 033	23 278 909	958 621	263 646	867 271	2 089 538	25
257 184	1 123 936	1 132 522	54 346	5 717 803	328 948	74 117	212 197	615 262	26
86 012	523 853	481 654	28 285	2 728 349	135 330	30 246	127 860	293 436	27
-	782 527	904 479	20 486	3 548 600	155 408	26 171	179 187	360 766	28
515 560	1 360 737	1 563 970	142 659	7 832 526	186 933	78 059	215 984	480 976	29
138 776	311 532	324 518	34 066	1 834 128	101 995	21 012	87 608	210 615	30
15	6 370	18 386	2	77 378	8 329	961	11 805	21 095	31
-	4 511	2 347	42	23 075	3 042	95	-	3 137	32
138 760	289 896	294 840	34 022	1 695 932	89 027	19 956	75 803	184 786	33
-	10 753	8 945	-	37 741	1 597	-	-	1 597	34
24 518	68 441	85 519	5 017	362 814	12 012	3 884	11 996	27 892	35
76 702	148 185	359 783	40 174	1 254 679	37 996	30 157	32 439	100 592	36
-	11	-	-	11	-	-	-	-	37
142 529	412 046	594 840	15 806	6 197 234	698 925	229 144	37 403	965 472	38
2 551 780	7 882 616	8 344 120	605 740	44 737 588	2 115 352	666 136	1 121 001	3 902 489	39
444 743	1 216 925	1 560 438	140 461	7 912 085	392 836	163 975	254 677	811 488	40
1 865 791	6 533 030	6 725 223	421 407	35 800 295	1 701 362	456 360	837 571	2 995 293	41
241 246	132 661	58 459	43 871	1 025 208	21 154	45 801	28 752	95 707	42
22 075 407	82 699 720	83 215 698	6 302 251	478 594 553	42 004 784	7 449 762	21 617 986	71 072 532	43
Steuerverteilung									
x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
x	x	x	x	x	x	x	x	x	51
x	x	x	x	x	x	x	x	x	52
x	x	x	x	x	x	x	x	x	53
10 135 456	32 158 971	34 241 388	2 846 989	177 984 621	6 613 683	2 031 043	4 637 658	13 282 384	54
1 098 751	4 319 222	4 852 444	325 033	23 278 909	958 621	263 646	867 271	2 089 538	55
5 837 934	19 778 194	19 644 105	1 351 301	104 079 386	4 270 991	1 202 298	1 905 327	7 378 616	56
3 050 623	7 556 982	9 247 138	1 143 740	48 084 748	1 277 631	536 497	1 755 775	3 569 903	57
148 148	504 573	497 701	26 915	2 541 578	106 440	28 602	109 285	244 327	58
3 950 002	12 221 574	13 017 608	929 014	69 155 587	3 072 515	957 326	1 438 144	5 467 985	59
2 551 780	7 882 616	8 344 120	605 740	44 737 588	2 115 352	666 136	1 121 001	3 902 489	60
273 013	973 896	1 001 121	53 841	5 030 688	212 881	57 205	218 571	488 657	61
1 671 235	5 312 854	5 674 609	377 115	29 448 687	1 170 044	348 394	535 716	2 054 154	62
x	x	x	x	x	x	x	x	x	63
-	6	11	-	773	23	0	2	25	64

3) Ohne BSP-Eigenmittel.
4) Einschl. EKGs-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

5) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.
nach Steuerarten, Körper
1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	440 729	30 230	99 346	55 585	33 271
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	8 282 844	306 307	948 044	2 348 594	728 141
3	Gewerbsteuer (brutto)	38 795 588	965 684	3 232 589	11 622 212	4 434 359
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	5 519 345	158 957	482 931	1 508 393	578 536
5	Gewerbsteuer (netto)	33 276 243	806 727	2 749 658	10 113 819	3 855 823
6	Gemeindeanteil an der Lohn- und veran- lagten Einkommensteuer	31 502 841	1 230 941	3 048 542	8 948 389	3 185 002
7	Grunderwerbsteuer.....	288 574	-	3 873	-	7 157
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	832 341	56 551	116 189	316 721	48 479
9	Insgesamt ...	74 623 572	2 430 756	6 965 652	21 783 108	7 857 873
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	17 233	427	2 623	5 110	1 172
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	3 100 369	92 985	307 179	1 263 844	340 200
12	Gewerbsteuer (brutto)	16 684 917	322 722	1 231 986	6 280 232	2 274 311
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 059 420	46 249	168 290	747 696	241 083
14	Gewerbsteuer (netto)	14 625 496	276 473	1 063 696	5 532 536	2 033 228
15	Gemeindeanteil an der Lohn- und veran- lagten Einkommensteuer	9 615 277	288 039	731 725	4 148 989	849 745
16	Grunderwerbsteuer	79 798	-	896	-	1 921
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	278 294	11 026	43 086	162 060	15 139
18	Insgesamt ...	27 716 468	668 950	2 149 205	11 112 539	3 241 405

n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1990

schaftsgruppen und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

gesamt

32 356	45 542	139 759	2 607	438 696	1 440	453	140	2 033	1
412 387	1 171 383	1 420 679	137 854	7 473 389	391 396	163 522	254 537	809 455	2
1 865 791	6 533 030	6 725 223	421 407	35 800 295	1 701 362	456 360	837 571	2 995 293	3
273 013	973 896	1 001 121	53 841	5 030 688	212 881	57 205	218 571	488 657	4
1 592 778	5 559 134	5 724 102	367 566	30 769 607	1 488 481	399 155	619 000	2 506 636	5
1 671 235	5 312 854	5 674 609	377 115	29 448 687	1 170 044	348 394	535 716	2 054 154	6
179 030	-	36 433	27 186	253 679	-	34 895	-	34 895	7
62 216	132 661	22 026	16 685	771 529	21 154	10 906	28 752	60 812	8
3 950 002	12 221 574	13 017 608	929 014	69 155 587	3 072 515	957 326	1 438 144	5 467 985	9

Städte

2 141	2 102	3 658	-	x	x	x	x	x	10
163 581	305 621	626 959	-	x	x	x	x	x	11
974 278	1 963 517	3 637 871	-	x	x	x	x	x	12
128 907	242 880	484 315	-	x	x	x	x	x	13
845 371	1 720 637	3 153 556	-	x	x	x	x	x	14
504 860	1 025 897	2 066 022	-	x	x	x	x	x	15
62 159	-	14 822	-	x	x	x	x	x	16
19 198	21 102	6 683	-	x	x	x	x	x	17
1 597 310	3 075 359	5 871 700	-	x	x	x	x	x	18

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1990
nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern
1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land 1)
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	419 973	29 803	96 725	50 475	32 099	30 215	43 439	134 610	2 607
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	4 372 968	213 322	640 865	1 084 750	387 941	248 808	865 763	793 665	137 854
Gewerbesteuer (brutto)	19 115 057	642 962	2 000 604	5 341 980	2 160 048	891 513	4 569 513	3 087 030	421 407
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	2 971 269	112 708	314 641	760 697	337 453	144 106	731 017	516 806	53 841
Gewerbesteuer (netto) ..	16 143 788	530 254	1 685 963	4 581 283	1 822 595	747 407	3 838 496	2 570 224	367 566
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	19 833 408	942 902	2 316 816	4 799 400	2 335 257	1 166 375	4 286 956	3 608 587	377 115
Grunderwerbsteuer	1 857	-	18	-	-	-	-	1 839	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	450 206	39 712	68 746	141 222	32 675	33 077 ^{a)}	105 522	15 343	13 908
Insgesamt ...	41 222 200	1 755 993	4 809 133	10 657 130	4 610 567	2 225 882	9 140 176	7 124 268	899 051

Landkreise

Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	1 490	-	-	-	-	-	-	1 490	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	56	-	-	-	-	-	-	56	-
Gewerbesteuer (brutto)	323	-	-	-	-	-	-	323	-
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuer (netto) ..	323	-	-	-	-	-	-	323	-
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	172 027	-	2 961	-	5 236	116 872	-	19 772	27 186
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	43 030	5 813	4 356	13 439	665	9 942	6 038	-	2 777
Insgesamt ...	216 927	5 813	7 317	13 439	5 901	126 814	6 038	21 642	29 963

1) Bei kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 6 212 (000) DM der Verbandsgemeinden.

5 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1990 nach Ländern bzw. Steuerarten
1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein	1 755 993	904 377	851 616
Niedersachsen	4 809 133	3 419 872	1 389 258
Nordrhein-Westfalen	10 657 130	10 172 471	484 659
Hessen	4 610 567	3 471 043	1 139 524
Rheinland-Pfalz	2 225 882	587 589	1 638 295
Baden-Württemberg	9 140 176	5 765 819	3 374 357
Bayern	7 124 268	2 823 454	4 300 813
Saarland	899 051	840 530	58 521
Bundesgebiet ...	41 222 200	27 985 155	13 237 043
davon:			
Grundsteuer A	419 973	127 265	292 709
Grundsteuer B	4 372 968	2 929 528	1 443 439
Gewerbsteuer	19 115 057	13 909 686	5 205 370
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 971 269	2 094 663	876 606
Gewerbsteuer (netto)	16 143 788	11 815 023	4 328 764
Gemeindeanteil an der Lohn- und ver- anlagten Einkommensteuer	19 833 408	12 798 885	7 034 523
Übrige Gemeindesteuern	452 063	314 454	137 608

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.1 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1986 bis 1990

Jahr	Bruttosozial- produkt 1)	Steueraufkommen insgesamt ²⁾	
		Mrd. DM	in % des Brutto- sozialprodukts
1986	1 945,2	452,6	23,3
1987	2 015,6	468,5	23,2
1988	2 123,2	488,2	23,0
1989	2 261,3	535,4	23,7
1990	2 447,7	549,1	22,4

1) Ab 1988 vorläufiges Ergebnis.

2) Ohne Lastenausgleichsabgaben.

6.2 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1990

%

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr in %			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer	- 1,3	- 5,3	- 4,7	+ 1,2
Veranlagte Einkommensteuer	+ 11,4	+ 9,9	- 16,6	- 3,7
Kapitalertragsteuer	- 39,3	- 35,5	+ 16,5	+ 33,3
Körperschaftsteuer	+ 0,9	- 15,5	- 7,2	- 24,5
Umsatzsteuer	+ 1,0	+ 12,7	+ 27,9	+ 20,1
Einfuhrumsatzsteuer	+ 7,5	+ 0,7	+ 12,9	+ 16,7
Gesellschaftsteuer	+ 87,1	+ 64,6	+ 9,6	- 12,2
Versicherungsteuer	+ 18,6	- 16,6	+ 4,0	+ 1,8
Wechselsteuer	- 5,7	- 5,8	- 4,4	- 0,9
Zölle	- 3,3	+ 2,5	+ 10,1	+ 11,7
Tabaksteuer	+ 3,1	+ 6,8	+ 7,3	+ 23,0
Kaffeesteuer	+ 1,3	- 7,7	+ 21,9	+ 18,8
Branntweinabgaben	- 21,1	- 14,1	+ 17,1	+ 39,9
Schaumweinsteuer	+ 9,1	- 0,0	+ 8,7	+ 26,1
Mineralölsteuer	+ 13,5	+ 3,2	+ 7,6	+ 1,0
Biersteuer	+ 6,6	+ 2,3	+ 1,4	+ 21,7
Vermögensteuer	+ 2,0	+ 9,2	+ 13,9	+ 13,5
Erbschaftsteuer	+ 22,7	+ 87,0	+ 32,9	+ 39,6
Kraftfahrzeugsteuer	+ 6,0	- 9,4	- 18,9	- 15,3
Rennwett- u. Lotteriesteuer	+ 6,4	+ 1,1	+ 6,2	+ 8,9
Feuerschutzsteuer	- 1,0	+ 12,9	- 7,6	+ 5,9
Grunderwerbsteuer (staatliche und kommunale Anteile zusammen)	+ 32,9	+ 7,4	+ 3,6	- 9,2
Gewerbesteuer	+ 8,3	+ 2,1	+ 7,5	+ 4,9
Grundsteuer B	+ 2,9	+ 2,8	+ 4,4	+ 1,7

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.3 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1981 bis 1990

Mrd. DM

Jahr	Arbeitnehmer- sparzulage (3. Vermögens- bildungsgesetz) ¹⁾	Arbeitnehmer- zulage (Berlinfoörderung- gesetz)	Bergmanns- prämien	Erstattungen im Lohnsteuer- Jahres- ausgleich ²⁾
1981	3,37	2,35	0,23	6,90
1982	1,90	2,35	0,24	6,78
1983	1,90	2,35	0,22	6,43
1984	1,95	2,45	0,24	5,92
1985	2,05	2,60	0,23	5,79
1986	2,05	2,65	0,22	5,82
1987	2,15	2,80	0,20	5,72
1988	2,20	2,85	0,19	5,82
1989	2,25	2,85	0,19	5,44
1990	-	3,25	0,17	5,58

1) Hochrechnung des Bundesministeriums der Finanzen.

2) Soweit Angaben vorhanden.

6.4 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1981 bis 1990

Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM
1981	10,39	1986	16,83
1982	11,87	1987	17,67
1983	12,94	1988	20,13
1984	11,20	1989	17,51
1985	15,25	1990	19,71

6.5 Investitionszulagen*) 1981 bis 1990

Mill. DM

Jahr	Aus dem Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer Körperschaftsteuer geleistet					
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
		§ 4a InvZuLG	§ 4b		§ 4a InvZuLG	§ 4b
1981	614	11	5	1 224	94	- 4
1982	565	28	7	1 214	154	6
1983	1 366	13	839	1 797	219	508
1984	2 562	23	2 027	3 505	255	2 066
1985	1 514	15	986	2 587	207	1 166
1986	779	8	206	1 668	174	258
1987	801	51	28	1 863	202	78
1988	824	24	4	2 022	170	- 33
1989	998	26	4	1 804	223	- 6
1990	1 185	18	- 5	2 103	295	- 21

*) Gemäß Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinfoörderungsgesetz.

Anhang

Steuereinnahmen im Gebiet der ehemaligen DDR, 2. Hj. 1990

1 000 DM

Steuereinnahmen insgesamt	17 402 176
Lohnsteuer	3 481 115
Globale Steuerabführungen und Sonstige Steuern	3 316 030
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 292
Umsatzsteuer	5 290 566
Umsatzsteuer-Ausgleich ¹⁾	1 336 593
Einfuhrumsatzsteuer	376 275
Zölle	15 708
Mineralölsteuer	2 016 573
Tabaksteuer	885 533
Branntweinabgaben	285 933
Versicherungsteuer	51 842
Kaffeesteuer	38 434
Schaumweinsteuer	8 427
Wechselsteuer	59 754
Zuckersteuer	5 786
Teesteuer	464
Salzsteuer	1 698
Leuchtmittelsteuer	2 033
Kraftfahrzeugsteuer	108 833
Biersteuer	57 837
Grunderwerbsteuer	15 776
Erbschaftsteuer	2 449
Rennwett- und Lotteriesteuer	35 867
Feuerschutzsteuer	2 358

1) Nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom
18. Mai 1990.

Fachserie 14: Finanzen und Steuern

Reihe 1: Haushaltsansätze

Reihe eingestellt (es wird jährlich nur noch eine Kommentierung in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht).

Reihe 2: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte

Der vierteljährliche Bericht gliedert die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Arten und Körperschaftsgruppen. Darüber hinaus werden die Ausgaben für Baumaßnahmen nach ausgewählten Aufgabenbereichen aufgeschlüsselt; die kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Schuldenstand der Gebietskörperschaften sind in gesonderten Übersichten dargestellt.

In dem Bericht für das 2., 3. und 4. Vierteljahr werden auch kumulierte Ergebnisse (Halbjahr, Dreivierteljahr, Jahr) veröffentlicht.

Reihe 3: Rechnungsergebnisse

In dieser Reihe erscheinen jährlich nach Aufgabenbereichen, Ausgabe-/Einnahmearten und Ländern gegliederte Berichte über die Rechnungsergebnisse

des öffentlichen Gesamthaushalts (Reihe 3.1) und der kommunalen Haushalte (Reihe 3.3).

Daneben erfolgt für einzelne wichtige Aufgabenbereiche eine tiefere funktionale Aufgliederung der Jahresrechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, und zwar für

Bildung, Wissenschaft und Kultur (Reihe 3.4), Soziale Sicherung und Gesundheit, Sport, Erholung (Reihe 3.5).

Ergebnisse der Hochschulfinanzstatistik werden in der Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen“ veröffentlicht.

Reihe 4: Steuerhaushalt

Die vierteljährlichen Berichte (4. Vierteljahr mit Jahresergebnis) enthalten Angaben über die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern und Steuerarten sowie über die Verteilung im Rahmen des Steuerverbundes. Zum Jahresergebnis werden ergänzend methodische Erläuterungen mit Hinweisen auf Zahlungsweise, Zahlungstermine und Tarife der ergiebigsten Steuern gebracht.

Reihe 4.S: Sonderbeiträge

Reihe 4.S.1: Kassenmäßige Steuereinnahmen 1977 bis 1987

Dieser Bericht enthält für die Jahre 1977 bis 1987 nach Ländern gegliederte Angaben über das jährliche Aufkommen an Einzelsteuern und deren Verteilung auf die Körperschaften

Bund, (Europäische Gemeinschaften) Länder und Gemeinden/Gv. Für den gemeindlichen Bereich sind die Daten darüber hinaus nach kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen unterteilt. In langen Reihen wird ein Überblick über die Einnahmeentwicklung seit 1950 gegeben.

Reihe 5: Schulden der öffentlichen Haushalte

In der jährlichen Veröffentlichung werden Angaben über den Stand der Schulden von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und sonstigen juristischen Personen zwischenkommunalen Zusammenarbeit nach Arten und Fälligkeit sowie über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen dieser Körperschaften gebracht. Außerdem werden die Schuldenaufnahmen und Tilgungen nachgewiesen.

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Die jährliche Veröffentlichung enthält Angaben über die Zahl der Beschäftigten am Stichtag 30. Juni bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, kommunalen Zweckverbänden, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (unmittelbarer öffentlicher Dienst); bei der Bundesanstalt für Arbeit, den Sozialversicherungsträgern und den Trägern der Zusatzversorgung von Bund, Ländern und Gemeinden/ Gemeindeverbänden (mittelbarer öffentlicher Dienst), sowie bei rechtlich selbständigen Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung des öffentlichen oder privaten Rechts, die auf Dauer überwiegend öffentlich finanziert werden, sofern die Zuwendungen den Betrag von 300 000 DM jährlich übersteigen, und rechtlich selbständigen öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen.

Ab 1986 wird das Personal jährlich nach Art, Umfang und Dauer des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht, Laufbahngruppe, Einstufung und Alter erfaßt. Über die Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften werden für Bund und Länder Eckzahlen dargestellt. In jedem dritten Jahr werden zusätzlich die ehemaligen Besoldungsgruppen erfaßt, in jedem sechsten Jahr der kommunale Bereich.

Reihe 7: Einkommen- und Vermögensteuer

In dreijährlicher Folge werden – unter Auswertung der steuerlichen Veranlagungsergebnisse – folgende Steuerstatistiken herausgegeben:

7.1 Einkommensteuer

Der Bericht gibt Aufschlüsse über die Höhe und Struktur der Einkünfte, die Besteuerung des erfaßten Einkommens sowie über Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und Sondervergünstigungen der zur Einkommensteuer veranlagten natürlichen Personen. Ferner sind die Einkünfte aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in einer steuerlichen Einkommenspyramide dargestellt. Daneben werden aufgrund einheitlicher Gewinnfeststellung die Einkünfte und Sondervergünstigungen von Personengesellschaften/ Gemeinschaften nachgewiesen.

Fach ie 14: Finanzen und Steuern

7.2 Körperschaftsteuer

Die Veröffentlichung gibt einen Überblick über Höhe, Verteilung und Besteuerung des steuerlich erfaßten Einkommens der Körperschaften. Das Einkommen und die Steuerschuld der Körperschaftsteuerpflichtigen werden u.a. in der Gliederung nach Rechtsformen, Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und im 6-jährigen Turnus nach Wirtschaftszweigen bis einschließlich 1977 (ab 1983 siehe Reihe 7.S.1) veröffentlicht.

7.3 Lohnsteuer

Die Angaben in dieser Veröffentlichung beziehen sich auf den Bruttolohn und die Lohnsteuer der veranlagten und nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen in der Gliederung nach Größenklassen des Bruttolohns und der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Steuerklassen und Geschlecht.

7.4 Vermögensteuer

Die Veröffentlichung (Erscheinungsfolge: 3jährlich) enthält Angaben über Zusammensetzung und Höhe des Vermögens der zur Vermögensteuer veranlagten Steuerpflichtigen. Die Schichtung des Vermögens wird für die natürlichen Personen u.a. in Verbindung mit ihrer Beteiligung am Erwerbsleben und der Haushaltsgröße der Veranlagungsgemeinschaft dargestellt, für die nichtnatürlichen Personen in Verbindung mit Rechtsformen.

7.5 Einheitswerte

7.5.1 Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Der in 3jähriger Folge erscheinende Bericht vermittelt einen Einblick in Umfang und Struktur des bewerteten Betriebsvermögens. Auf der Grundlage der Vermögensaufstellung zur Ermittlung des Einheitswerts des gewerblichen Betriebs oder des einem freien Beruf dienenden Vermögens wird der nach bewertungsrechtlicher Abgrenzung festgestellte Vermögens- und Kapitalaufbau in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen sowie nach Rechtsformen und Einheitswertgruppen nachgewiesen.

Reihe 7. S: Sonderbeiträge

7.S.1: Wirtschaftliche Gliederung der Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen

Diese Veröffentlichung (Erscheinungsfolge: 6jährlich) enthält Angaben über die steuerlichen Einkünfte und die Einkommen- und Körperschaftsteuer von natürlichen Personen und Personengesellschaften/Gemeinschaften aus der Einkommensteuerstatistik sowie von juristischen Personen aus der Körperschaftsteuerstatistik nach Wirtschaftsbereichen.

Reihe 8: Umsatzsteuer

Die zweijährlich erscheinende Veröffentlichung enthält Angaben über Steuerpflichtige, steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuer in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen, z.T. kombiniert mit Umsatzgrößenklassen und Rechtsformen. Ferner werden u.a. Angaben über steuerfreie und steuerpflichtige Umsätze (nach Art der Steuersätze), über Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer und abziehbare Vorsteuer gemacht. Darüber hinaus erfolgt der Nachweis der Steuerpflichtigen, des Umsatzes und der Umsatzsteuer nach kreisfreien Städten und Landkreisen.

Reihe 9: Verbrauchsteuern

9.1 Tabaksteuer

9.1.1 Absatz von Tabakwaren und Zigarettenhüllen (vierteljährlich). Im Bericht für das 4. Vierteljahr wird auch das Jahresergebnis veröffentlicht.

9.1.2 Tabakgewerbe (jährlich). Mit einem Überblick über Herstellung, Einfuhr und Absatz von Tabakwaren.

9.2 Biersteuer

9.2.1 Absatz von Bier (monatlich). In den Berichten für September und Dezember wird auch das Ergebnis für das Braujahr (1.10. – 30.9.) bzw. Kalenderjahr veröffentlicht.

9.2.2 Brauwirtschaft (jährlich). Mit Angaben über Braustätten und ihre Erzeugung.

9.3 Mineralölsteuer

Der jährlich erscheinende Bericht bringt Nachweisungen über die versteuerten Mengen und die Verwendung von steuerbegünstigtem Mineralöl.

9.4 Branntweinmonopol

In jährlicher Folge werden Brennereien, Alkoholerzeugung und -absatz, Ein- und Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen sowie Einnahmen aus dem Branntweinmonopol nachgewiesen.

9.5 Schaumweinsteuer

Der Jahresbericht enthält Angaben über die Schaumweinhersteller, ihren Absatz sowie über das Steuersoll.

9.6 Kleinere Verbrauchsteuern

Je ein Bericht wird jährlich über die Besteuerung von Salz und Zucker veröffentlicht.

Reihe 10: Realsteuern

10.1 Realsteuervergleich

Der jährliche Bericht umfaßt Angaben über Istaufkommen, Grundbeträge, gewogene Durchschnittshebesätze und Hebesatzstreuung bei den einzelnen Realsteuern sowie über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die an Bund und Länder abgeführte Gewerbesteuerumlage. Außerdem werden Steuerkraftberechnungen für die einzelnen kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 Einwohnern und mehr und die nach Landkreisen zusammengefaßten kreisangehörigen Gemeinden veröffentlicht.



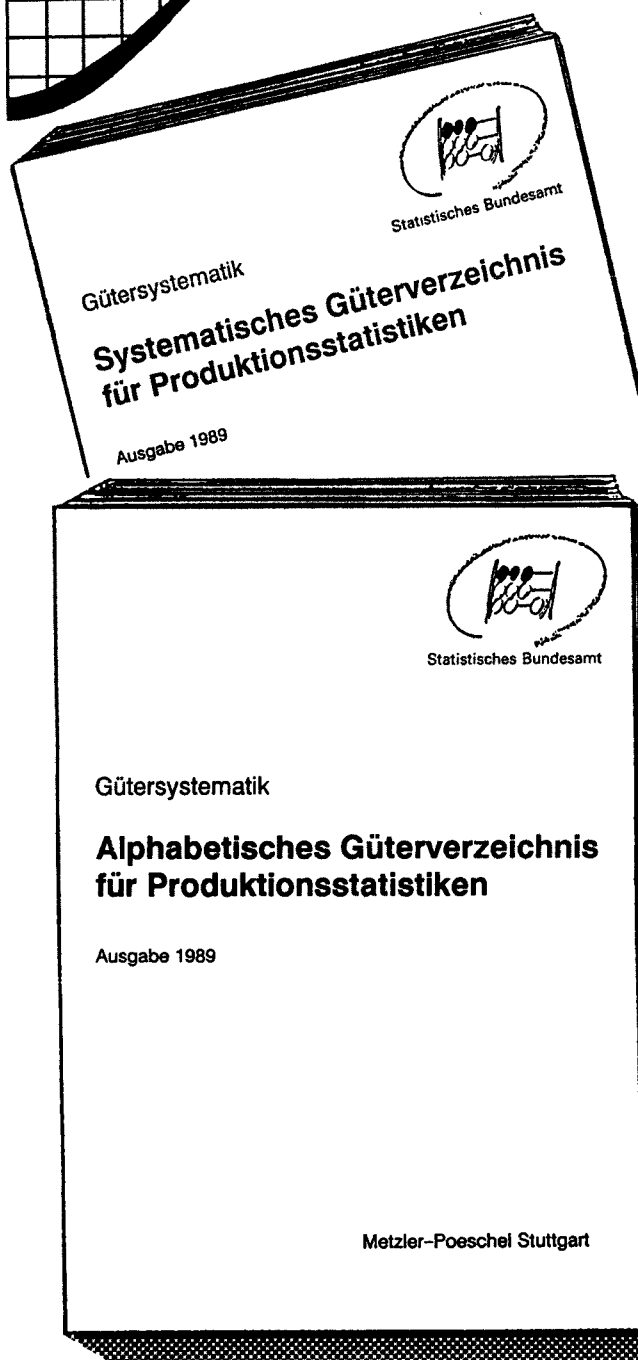
STATISTISCHES BUNDESAMT
GUSTAV-STRESEMANN-RING 11
6200 WIESBADEN 1

Veröffentlichungen und Prospekte sind durch den Verlag METZLER-POESCHEL, Verlagsauslieferung Hermann Leins, Postfach 11 52, 7408 Kusterdingen, erhältlich.

Zeit ist Geld



Statistisches Bundesamt



Gehören auch Sie zu dem Kreis der Befragten der amtlichen Statistik

- für unsere vierteljährliche Produktionserhebung?
- für die Erhebung des innerdeutschen Warenverkehrs?
- für die Preisstatistik?
- und ... ?

Dann kennen Sie sicherlich das seit dem 01.01.90 in Kraft getretene Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1989.

Um Ihnen nunmehr für unsere Erhebung das Auffinden der Güter innerhalb dieses Verzeichnisses sowie die Zuordnung zu den entsprechenden Gütergruppen, -zweigen und -klassen zu erleichtern, bieten wir Ihnen jetzt das **soeben erschienene Alphabetische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken** in seiner überarbeiteten Fassung, Stand 1989, zu einem Verkaufspreis von DM 28,50 an.

- Best.-Nr. 3200202
- Ausgabe 1989
- 902 Seiten
- Format 17 x 24 cm

Benötigen Sie auch die Buchausgabe des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1989? Dann bestellen Sie ebenfalls bei unserem Verlag Metzler-Poeschel unter

Best.-Nr. 3200201
596 Seiten
Format 17 x 24 cm

Preis: DM 23,--

**METZLER
POESCHEL**